Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Telephon Nr. 1206.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1206.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Garmondzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21. Dienstag, den 26. Januar 1904. 15. Jahrgang.

Reichstagsetat und Inneres.

Der Reichstag trat am Montag in die zweite Lesung des Etats ein. Der Arbeitseifer der Mehrheitsparteien ist vollständig erschlafft. Von einem beschlußfähigen Hause ist seit der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten seit Weihnachten nicht mehr die Rede. Schuld daran trägt in erster Linie die Diätenlosigkeit der deutschen Volksvertretung. Es war daher eine passende Illustration zu der Notwendigkeit dieser Forderung, daß den ersten Gegenstand, der bei der Etatberatung verhandelt wurde, im Anschluß an den Etat des Reichstags die Resolution der Nationalliberalen auf Einführung von Anwesenheits-Geldern und auf Gewährung der ungehinderten freien Fahrt auf allen Eisenbahnen während der Session und acht Tage vor und nach der Session bildete. Die Stellung der Parteien zu dieser alten Forderung des [illegible] ist stets unverändert geblieben. Gegner der Diäten-Gewährung sind die Konservativen und ein Teil der Reichspartei, der andere Teil der Reichspartei gehört zu den Freunden der Diäten, aber zu jenen gefährlichen Freunden, die für die Einführung der Diäten Kompensationen in Gestalt einer Verschlechterung der Geschäftsordnung des Reichstags fordern. Eine gewaltige Mehrheit ist also im Reichstag für die Forderung vorhanden, das hindert aber die Regierung durchaus nicht, bei ihrem konsequenten „Nein“ zu bleiben. Heute war es Graf Posadowsky, der die Ablehnung der Forderung mit dem fadenscheinigen Grunde motivierte, daß die Regierung die Verfassung hochhalte. Tatsächlich scheitert die Reform an dem Widerstand Preußens, das mit der Gewährung von Diäten einmal dunkle Wahlrechtsgeschäfte machen möchte.

Wäre es den Mehrheitsparteien ernst damit, die Diäten durchzudrücken, so hätten sie genug Machtmittel in der Hand, um den Widerstand der Regierung zu brechen. An eine wirkliche Machtprobe denken sie aber nicht, und so bleibt alles leeres Gerede. Diese Gesichtspunkte wurden in der Debatte von den Rednern unserer Fraktion, den Genossen Pfannkuch und David entwickelt. Genosse Südekum brachte die Schleuderkonkurrenz zur Sprache, die das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau mit seinen Reichstagsberichten und Stimmungsbildern treibt.

Nachdem der Etat des Reichstags angenommen war, ging das Haus zum Reichsamt des Innern über, an den sich immer die große sozialpolitische Debatte anknüpft. Sofort setzte diese Debatte größten Stils ein, sodaß aus dem Hause nur die Abgg. Trimborn und Genosse Richard Fischer-Berlin zu Worte kamen. Der Zentrumsredner stimmte sein Loblied auf die gegenwärtige Aera der Sozialreform unter bissigen Ausfällen auf unsere Partei an. Dann begründete er die zahlreichen Forderungen des Zentrums mit solcher Wärme, als hätte das Zentrum keine dringendere Herzenssache, als diese paar Reformchen, und gab dann die „objektiven“ Feststellungen seiner Partei über den Crimmitschauer Streik zum besten. selbst in dem Urteil dieser bürgerlichen Partei werden sich die dortigen Unternehmer nicht gern spiegeln.

Gen. Fischer ging mit dem Zentrumsredner scharf ins Gericht. Er hielt ihm vor, daß seine Partei die sozialpolitischen Forderungen nicht in Form von Gesetzentwürfen, sondern in der von unverbindlichen Resolutionen vorgebracht habe. Er zeigte noch einmal mit aller Deutlichkeit, wie frivol die Unternehmer in Crimmitschau verfahren sind und verfahren. Das ganze Gerede von dem störenden „Republikanismus“ und der „nörgelnden Kritik“ wies er mit leichter Mühe zurück. Graf Posadowsky philosophierte demgegenüber nach ein paar schwächlichen Bemerkungen zur Sache über die Regierungsunfähigkeit der „Masse“.

Im Abgeordnetenhaus

wurde am Montag die Etatberatung fortgesetzt. Der bekannte Scharfmacher, der freikonservative Abgeordnete, Freiherr v. Zedlitz, leitete sie mit einer nahezu zweistündigen Rede ein. Er pries die Verdienste des verstorbenen früheren Eisenbahnminister Maybach, verlangte von der Regierung Förderung der Landwirtschaft, sprach im Sinne der Miquel'schen Sammelpolitik und erkannte schließlich an, daß Graf Bülow in der Kanalvorlage vor den Kanalgegnern den Kotau vollzogen habe. In seiner höhnischen Art behandelte er dann den Niedergang des Liberalismus und das Wachstum der Sozialdemokratie. Mit hämischer Freude konstatierte er, daß das Dreiklassenwahlrecht den Einzug der Sozialdemokraten in den Landtag verhindert habe und ohne jede Prüderie versicherte er, daß die von ihm und seinen Freunden geplante „Wahlrechtsreform“ so eingerichtet sei, daß die Sozialdemokratie nach wie vor von der Vertretung im preußischen Junkerparlament ausgeschlossen bleibe. Das heute bestehende Vereins- und Versammlungsrecht ist ihm noch nicht reaktionär genug. Er möchte am liebsten noch besondere Bestimmungen gegen den Versammlungsbesuch von Minderjährigen. Mit Emphase verlangte Frhr. von Zedlitz am Schlusse seiner Rede, die baldige Vorlage eines Gesetzes, welches die Schulunterhaltungspflicht regelt.

Nach dem freikonservativen Führer nahm der Minister des Innern, Freiherr v. Hammerstein, das Wort, um zu erklären, daß unter der heutigen Regierung niemals die Grundlage des jetzt bestehenden Landtagswahlrechts geändert werden würde. Auf der Rechten ertönte Bravo, auf der Linken herrschte Unruhe, aber die Bemerkung konnte doch eigentlich niemanden überraschen. Die Männer, die heute am Steuer des Staatsschiffes sitzen, sind würdige Nachfolger der Minister aus der dunkelsten Reaktionszeit, die dem Märzsturm des Jahres 1848 folgte. Etwas besser war die Mitteilung des Ministers, daß die Regierung den Gedanken an die Ausführung des Scherlschen Sparsystems aufgegeben hat. Die vom Minister geplante Novelle zum preußischen Vereinsgesetz wird in der Hauptsache sich gegen die Anwendung der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen richten.

Für die freisinnige Vereinigung sprach dann der Abg. Brömel. Im wesentlichen führte er die Kritik, die schon Abg. Richter geübt [illegible] Totalisators gewandt hatte, [illegible] von Podbielski Veranlassung, die für Förderung der Pferdezucht im Etat eingestellten höheren Summen zu rechtfertigen. Die Quintessenz der Podbielski'schen Ausführungen war die Ankündigung, daß die vielen privaten Wettbureaus unterdrückt, das Spielen am Totalisator aber erleichtert werden soll. Die Unsittlichkeit des Wettspiels soll also ihres privaten Charakters entkleidet und vom Staate selbst gefördert werden.

Aber einer Rede des polnischen Abg. v. Jazdzewski, der sich in sehr gemäßigter Form über die Unterdrückung der Polen beklagte, antwortete in schärfster Weise der Minister des Innern. Es besteht danach kein Zweifel, daß die unglückselige Polenpolitik noch in verstärktem Maße weitergeführt werden soll. Die Schlußworte des Ministers: „Wir Preußen haben zu befehlen und Ihr Polen habt zu gehorchen“, werden für weitere Erbitterung in der polnischen Bevölkerung sorgen. Der letzte Redner war der konservative Abg. Irmer, der sich vornehmlich mit den Nationalliberalen auseinandersetzte und selbstverständlich lebhaft für ein christliches Volksschulgesetz eintrat.

Politische Uebersicht.

Hiobspost aus Südwestafrika. Der Kommandant des „Habicht“ übermittelt ein durch Kaffernläufer aus Windhoek vom 17. Januar überbrachtes Telegramm:

Windhoek dauernd bedroht und stark befestigt. Durch die Einstellung sämtlicher Pflichtigen und Beurlaubten wurde die Garnison auf 230 Mann gebracht, zum Teil Berittene. Die zweite Kompagnie ist von Süden her im Anmarsch. Das Gebirgsgeschütz von Rehboth wurde zurückgefordert. Außerdem sind hier zwei Maschinengewehre. Die Entsatzversuche von Okahandja sind mit großen Verlusten gescheitert. Die Patrouillen wurden sämtlich zurückgeschlagen. Am 25. Januar war ein erfolgreiches Erkundigungsgefecht bei der Farm „Hoffnung“. Gefallen sind Reservoffizier Boysen, Unteroffizier Pasch, Reiter Weiß, Landwehrleute Zuelot und Rudolf, Reservisten Troitzsch und Germinsky, Lokomotivführer Talert. Ermordet wurden die Ansiedler Engelbarth, Koczarski, Tausendfreund mit zwei Kindern, Pilet mit zwei Frauen, Stueber. Viele wurden verwundet. Soeben wird gemeldet, fünf Hererohaufen marschieren auf Windhoek an.

(gez.) Techow.

Die Farm Hoffnung, von der in dieser Meldung die Rede ist, liegt etwa 10 Kilometer nordöstlich von Windhoek, mitten im besiedelten Gebiet. Oberleutnant Hans Techow ist der Vertreter des Gouverneurs.

Nach einem Telegramm des Kommandanten des „Habicht“ vom Sonnabend ist die Bahn bis Karibib vorläufig militärisch gesichert, aber seit zwei Tagen durch fortwährenden Regen bei Khan unterbrochen. Gründliche Reparatur ist erst möglich, wenn das Wasser abgelaufen ist. Hinter Karibib ist die Bahn bis Kilometer 229 hergestellt.

Wie steht's mit den katholischen Arbeitervereinen? In einem Artikel zur Abwehr des Entrechtungsantrages, den Graf Moy in der Kammer der Reichsräte eingebracht hat, werden von dem frommen [illegible] u. a. folgende interessante Mitteilungen gemacht:

„In Bayern leiten 204 Geistliche katholische Gesellenvereine. In Bayern stehen 292 Geistliche an der Spitze von Arbeitervereinen. In rund 1500 bayerischen Bauernvereinen sind katholische Geistliche an der Arbeit und über 1100 Raiffeisenvereine sind fast nur von Geistlichen geleitet.“

Diese Ziffern verraten die werbende Kraft und die Gewalt der Zentrumspartei im Lande Bayern. Keine Partei verfügt über einen solchen Stab vom Staate allerdings für kirchliche Funktionen bezahlter, oft geradezu fanatischer Agitatoren.

Und doch beweist das unaufhaltsame Vordringen des Sozialismus selbst in den schwärzesten Gebieten, daß trotz der nicht selten absurden Kampfesweise gewisser Kapläne der schwarzen Vormacht beizukommen ist.

Im Wirbel.

Von Carl Morburger.

12] (Nachdruck verboten.)

„Ach, was die sagen! Auf so etwas antwortet man gar nicht!“

„Namentlich, wenn man nichts antworten kann!“ fügt Herrnfeld bei.

„Unsinn, der Felix ist ein tüchtiger Mann. Sonst hätt' er es nicht so weit gebracht!“

„Gewiß, mein lieber Lubauer — Handwerk hat immer einen goldenen Boden. Nein, aber ganz im Ernst gesprochen! Halt Dich an ihn — Du kannst Dein Glück machen. Talent ist nicht immer nötig. Es genügt, wenn man Glück mit der Clique hat. Man steigt zwar nicht, aber man wird gehoben!“

Die Tür wird aufgerissen.

„Diener, die Herr'n! Stört man?“

„Kommen S' nur herein, Herr Rinke!“

Er folgt der Aufforderung. Ein bewundernder Ausruf Herrnfeld's.

„Donnerwetter! Rose im Knopfloch? Sie verlängen sich ja täglich!“

Ein selbstgefälliges Lächeln.

„Tag, lieber Kastner! Ja, mein lieber Herrnfeld, man muß auf sich schau'n! Grüß Gott, lieber Lubauer — mein lieber Rust, ich begrüße Sie — und Sie dort auch, versteinter Müller! Schon wieder in Träumereien versunken?“

„Was gibt's Neues, Herr von Rinke?“

„Neues? Ah, einen famosen Witz hab' ich eben im Café gehört.“

Und er erzählt ihn. Natürlich ein „gesalzener“, der ein dankbares Publikum findet.

„Sie, Herr Rinke!“ ruft Herrnfeld. „Ich hab' was für Sie — so ganz Ihr Fall! Ein Weib — nicht mehr jung — aber einen Körper — wie — wie Bachs sag' ich Ihnen!“

„Na, ich bin jetzt zwar nicht auf schmale Kost gesetzt, aber kann man die gelegentlich sehen?“

„Gewiß! Kommen Sie morgen ins kunsthistorische Museum.“

„Um wie viel Uhr?“

„Einerlei. Sie wartet schon, bis Sie kommen. Sie steht hinterm — Glaskasten — eine Mumie!“

Ein lautes Auflachen; auch Rinke versucht mitzuhalten.

„Na, wieder einmal aufgesessen! Vor dem Gauner kann man sich nicht genug in Acht nehmen. Sie, lieber Kastner, wie gefällt Ihnen die Krawatte?“

„Frech! Sehr fesch!“

„Ein Geschenk von . . .“

Er flüstert ihm einige Worte ins Ohr.

„Ah, seid Ihr schon so weit!“

„Natürlich! Na—tür—lich!“ und in nicht mißzuverkennendem Zusammenhange frägt er: „Na, Held Steinmüller, wie steht es denn mit Ihnen und der jungen Fillinger?“

Er geht zu Steinmüller hinüber. Doch der schäumt auf, springt empor, ungestüm, daß der Arbeitsnehmen umstürzt, der Sessel kracht aus seiner Hand zu Boden, und ein wilder, verzweifelter Schrei:

„In Ruh' sollt Ihr mich mit ihr lassen!“

Ein Sprung, er erfaßt den Hut und stürzt zur Türe, die dröhnend hinter ihm zufällt.

* * *

Herrnfeld war Steinmüller rasch gefolgt.

Kastner ist der Letzte, der das Atelier verläßt. Er schreitet über die breite Treppe hinab und geht quer über den Schillerplatz. Da sieht er, wie sich ein Mädchen von einer Bank loslöst. Er blickt hin. Es ist Bertha Geller. Ein kurzes Ueberlegen, dann schreitet Kastner auf sie zu.

„Servus, Bertha!“

„Servus, Ernst!“ kommt es zögernd zurück. „Du — Du — sei nicht bös', daß ich Dich erwart'!“

„Aber, im Gegenteil, Bertha! Es freut mich, Dich wieder einmal zu sehen! Wie geht's Dir alleweil?“

„Oh — ich dank' Dir. Na, so . . . so . . .“

Eine kleine Pause. Dann frägt er:

„Hast Du mir etwas zu sagen, Bertha?“

Sie schweigt.

„Na, Bertha, was hast Du am Herzen?“

„No ja — weißt, wenn Du Zeit hast, setzen wir uns a bissel nieder. — Dort is a leere Bank!“

„Bitt' schön, Bertha! Für Dich hab' ich immer Zeit.“

Er streicht liebkosend ihre Hand. Das geht ihr durch Mark und Bein, und läßt neue Hoffnung in ihr erwachen. Sie hat sich den Empfang kühler, unfreundlicher vorgestellt, — jetzt, nachdem sie ihn schon ein Vierteljahr nicht gesprochen.

Sie setzen sich nieder.

Er legt den Arm um ihre Taille und frägt:

„No, Bertha, was hast denn?“

„Ja, weißt, — aber Du darfst nicht bös' sein! Weißt — ich hab' halt gewußt, daß Dir die Pepi heut' Modell sitzt, — und — und — da hab' ich fortwährend an Dich denken müssen — und da hat's mir ka Ruh' geben — hing'trieben hat's mich zu Dir.“

Er überlegt. Das wäre eigentlich ganz gut — ja, er kann die Beziehungen wieder aufnehmen. Das Bild, das er dem — Dingsda — malen soll, dazu braucht er ein Modell. Aber keines aus der Anstalt — die plaudern alles aus — na, und das wäre ihm halt doch genant, wenn die anderen erfahren . . . Ja, aber die Bertha könnt' er als Modell brauchen, und die sitzt ihm sicher! Die tut ja alles, was er will, die ist ja Wachs in seinen Händen! Und dann . . . sein Blick gleitet über sie — sie ist ja wirklich nicht ohne . . . Ja, die kann er sich warm halten.

„Ja, siehst Bertha, ich hab' auch an Dich gedacht, und nicht bloß heute.“

„Wirklich?!“ jubelt sie auf und erfaßt seine Hand.

„Meiner Seel', Bertha, und oft! Ja, glaubst Du Mädel, daß man an Dich vergessen kann? Aber schau'“ — der Gedanke zuckt in ihm auf, sie vorzubereiten, daß sie ihm Modell stehen soll — „schau', bei uns Künstlern ist das so: wir müssen an unsere Arbeit denken — verstehst — und da — ja — schau Bertha — wenn uns ein Mädel bei unserer Arbeit fördert, anreizt, begeistert, wann's uns mithilft — wann's unser guter Engel ist, dann gehören wir diesem Mädel mit Leib und Seele. Willst Du mir dieser gute Engel sein?“

„Gern! Gern!“

„Gut Mädel! Du bist mir von heute an alles — ich werd' durch Dich und für Dich arbeiten. Aber Du mußt treu zu mir halten!“

„Ernst — ich laß' nicht von Dir! Ich schwör' Dir's!“

„Dafür bekommst Du einen Kuß — bis wir allein sind. Wann mußt Du zu Hause sein?“

„Vor Torsperr'.“

„No, da hast Du ja bis zehn Uhr Zeit!“ und schmeichelnd fügt er bei: „Du Bertha, geh'n wir ein bissel zu m'r?“

Es schmerzt sie, daß er gleich heute, gleich jetzt diesen Vorschlag macht. Sie fühlt, daß sie ihm nicht das ist, was sie ihm gerne sein möchte.

Aber — wenn er nur wieder gut ist! Wenn er nur wieder gut ist!

Sie nickt mit dem Kopfe, und beide erheben sich.

V.

Wie sich Herrnfeld auch mühte, er konnte den Gedanken an Steinmüller nicht los werden. Im Café Licht und im Sperl, wo die Akademiker verkehren, fand er ihn nicht. Niemand hatte ihn gesehen. Er gab es auf, ihn jetzt zu finden und beschloß, ihn am Abend zu besuchen. — — —

Steinmüller liegt inzwischen drüben in der Kriegau. Er ist tief erschüttert, sein ganzes Wesen ist aufgewühlt, einer Krisis unterworfen.

Ein wilder Haß gegen etwas Unfaßbares erfüllt ihn, gegen irgend etwas, ein Gift, ein Uebel, eine Pest, die sich überall einnistet und verheerend wirkt, unter [illegible] Juden und Schönen, es verseucht und gemein macht.

Die geballte Faust fährt durch die Luft.

(Fortsetzung folgt.)

Vergangene Zeiten! Auf dem Kongreß des Vereins Deutscher Studenten hielt auch Herr Stöcker eine Klagerede, der wir folgende Stelle entnehmen:

„Mir sagte einmal eine deutsche Frau aus der alten Zeit: Man weiß heute gar nicht mehr, was Königstreue ist; wenn wir Mädchen Abends am Schloß vorbeistiegen, warfen wir den Wänden Kußhände zu und riefen: Gute Nacht, lieber König! (Stürmischer Beifall.) Wir müssen auch wieder zum Christentum. Aufgabe der Studentenschaft ist es, zu arbeiten, daß die Eiche wieder Wurzel fasse und die drei Quellen wieder strömen. In eine kleine ganz radikale Stadt kamen ein Arzt und ein Richter, beide aus dem V. D. St., die machten im Handumdrehen eine königstreue Stadt daraus. (Stürmischer Beifall.) Das, liebe Kommilitonen, wünsche ich Euch auch, daß Ihr fest, klar, energisch an die Arbeit geht. Nur kein bloßes Träumen. Sonst kann geschehen, wie ich erlebt habe, daß einer aus diesem Verein in einer Rede wohl zehnmal sagte: daß am deutschen Wesen noch die Welt genesen sollte — und heute sitzt er bei den Sozialdemokraten!

Na, ja, die Zeiten ändern sich und die Menschen mit ihnen!

Weiße Raben. Daß nicht alle sächsischen Geistlichen über Crimmitschau so denken wie Pfarrer Schink und seine engeren Kollegen, zeigt eine Mitteilung des Leipziger „General-Anzeigers". Kürzlich war eine Anzahl evangelisch-kirchlich interessierter Herren in Glauchau versammelt, um die Gründung einer evangelisch-sozialen Vereinigung für Sachsen vorzubereiten. Dabei beschäftigte man sich auch mit dem Crimmitschauer Streik und faßte folgende Resolution:

„Wir erwarten von allen berufenen Vertretern der evangelischen Kirche, daß sie jedem Versuch, dem Arbeiterstand in seinen Kämpfen um Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage ein geringeres sittliches Recht zuzumessen als den Unternehmern, scharf entgegenzutreten.

Ebenso erklären wir, daß die in dem Brief des Herrn Pastor Schink in Nr. 2 der „Christl. Welt" dargelegte Auffassung des Crimmitschauer Streiks — abgesehen von der Verurteilung grober Ausschreitungen — keineswegs in allen evangelisch-kirchlichen Kreisen Sachsens geteilt wird."

Unterzeichnet ist die Resolution u. a. von zehn Pastoren, und weitere Zustimmungen wurden nur deshalb nicht eingeholt, weil der Crimmitschauer Kampf inzwischen beendet wurde.

Ein starker Mann. Freiherr von Manteuffel, der Vizepräsident des Hauses der Herren, hat in der Hauptversammlung des Konservativen Volksvereins für Niederbarnim der Regierung des Grafen Bülow gezeigt, wie Politik gegen die Sozialdemokratie gemacht werden muß. Mit „Dresden", gestand der Freiherr, war es wieder nichts, Bülows Zukunftsstaatsreden helfen auch nichts: „Die Sozialdemokratie wird man nicht mit Reden besiegen! Man wird die Sozialdemokratie nur mit Taten besiegen." Crimmitschau gefällt dem Freiherrn von Manteuffel schon besser:

„Es war ein großes Glück, daß die Arbeitgeber den Streik durchhalten und die Arbeitnehmer zwingen konnten, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen." Diese Tat sei „viel wirksamer und vernichtender für die Sozialdemokratie als der Ulkfung in Dresden [illegible] herrliche Rede des Grafen Bülow."

[illegible] v. Manteuffel wird vielleicht auch in seinem Crimmitschauer Triumphgefühle etwas herabgestimmt, wenn er liest, was Herr Lorenz in der „Antisoz. Korresp." über den Ausgang in Crimmitschau schreibt; er, der die Dinge etwas besser kennt, als der konservative Feudalherr, sagt:

„Die sozialdemokratischen Strategen haben es mit großem Geschick so einzurichten verstanden, daß gerade infolge der gewerkschaftlichen Niederlage das sozialdemokratische Wachsen nach der politischen Seite hin steigen wird."

Also auch mit Crimmitschau dürfte es nichts sein. Nach einem gründlichen Aufräumen mit der Sozialdemokratie verlangt es die Scharfmacher. Wenn die Sache nur so einfach wäre! Leider sind die drei Millionen deutscher Sozialdemokraten zugleich die Blüte der Arbeiterschaft, die den Herren Großgrundbesitzern und Kapitalisten den Reichtum schafft, dessen sie sich erfreuen, und man kann die Sozialdemokraten nicht los werden, ohne zugleich mit den Schöpfern des Reichtums aufzuräumen; will man aber die Arbeiter behalten, so muß man auch die Sozialdemokraten behalten.

Eine nicht gerade angenehme Rolle spielte die Eisenbahnverwaltung in einem Strafprozeß vor der Sorauer Strafkammer. Angeklagt war ein Fleischermeister aus Forst wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Derselbe hatte mit seinem Gespanne einen Ueberweg der Strecke Forst-Weißwasser passiert, infolge des Wagengerassels aber das Läuten der Lokomotive nicht gehört, sodaß er nur mit genauer Not einem folgenschweren Zusammenstoß mit dem Personenzuge entging. Durch die Beweisaufnahme wurde aber festgestellt, daß das Fehlen jeder Bahnschranke an dem betreffenden Ueberwege und auch eines Wärterpostens in hohem Grade zu verwundern sei, da es sich hier um eine Straße mit sehr lebhaftem Verkehr handle und die Bahnverwaltung schon im eigenen Interesse für eine größere Sicherung dieses Ueberweges sorgen müßte. Infolgedessen wurde der Angeklagte freigesprochen. Von bemerkenswertem Interesse ist der Passus der Urteilsbegründung, der davon sprach, daß es angebracht erscheine, der Eisenbahnbehörde gerichtlich nahe zu legen, den stark gefährdeten Ueberweg durch die üblichen Vorrichtungen zu schützen.

Der Ilmenauer Gemeinderat besitzt eine starke sozialdemokratische Minderheit; von 18 Sitzen nehmen die Sozialdemokraten 8 Sitze ein. Entsprechend dieser Stärke verlangten sie in der konstituierenden Sitzung bei der Wahl des Verwaltungsausschusses, der aus 7 Mitgliedern besteht, 3 Sitze. Diesem Verlangen gab aber die bürgerliche Majorität nicht nach; sie wählte lediglich einen Sozialdemokraten und zwar den Landtagsabgeordneten Reibt. Reibt lehnte daraufhin die Wahl ab, und nun kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit dem Ergebnis, daß die 8 sozialdemokratischen Mitglieder den Sitzungssaal verließen. Da das Kollegium dadurch beschlußunfähig geworden war, mußte die Sitzung aufgehoben werden. — Hoffentlich besinnen sich die bürgerlichen Herren bis zum nächsten Mal eines besseren.

Noch einmal der „Simplicissimus". Am Schluß der Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten kam es gelegentlich der Beratung des Justizetats zu einem Zwischenfall. Der sozialdemokratische Abgeordnete Segitz wollte die konfiszierten Artikel des „Simplicissimus" verlesen. Ueber die Zulässigkeit der Verlesung entstand eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Die liberalen und sozialistischen Redner traten für die Zulässigkeit ein, da die Geschäftsordnung kein derartiges Verbot enthalte, während die Mitglieder des Zentrums und Präsident von Orterer die Verlesung für unzulässig hielten. Bei der schließlichen namentlichen Abstimmung stellte sich Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

Polenprozeß. Das Landgericht I Berlin hat den Redakteur des Berliner Polenblattes „Dziennik Berlinski" Gozdziewicz wegen Beleidigung des Volksschullehrers Johann Schroth zu Jeferitz bei Posen, der früher Stanislaus Nawrocki hieß, zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Vom Duellunfug. Das Kriegsgericht der 28. Division hat den Wagen-Rittmeister Hupfeld wegen eines Pistolenduells mit dem Schriftsteller Freih. von Ompteda zu 6 Monaten Festungshaft verurteilt.

Die Konservativen haben im Reichstage eine Resolution beantragt, eine allgemeine Viehversicherung herbeizuführen und unter Ausschluß der Erhebung von Gebühren die Kosten der Versicherung des Schlachtviehes auf die Reichskasse zu übernehmen.

Dem Abgeordnetenhause ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 zugegangen.

Ausland.

Die böse Presse. Die in Nicolaistadt (Finnland) erscheinende Zeitung „Wasa Posten" ist vom Generalgouverneur auf drei Monate verboten worden; außerdem ist eine Untersuchung gegen den Zensor des Blattes „wegen offenkundig nachlässiger Ausübung seiner Dienstpflicht" im Gange. Offiziös wird die Maßregel in der nachstehenden kostbaren Weise „erläutert":

„Der Neujahrsartikel der Wasa Posten enthielt Vergleiche, die keinen Zweifel darüber lassen, daß die Redaktion des Blattes zur Partei der Agitatoren gehört. Die gegen die russischen Autoritäten gerichteten Vergleiche sind nicht nur äußerst ungebührlich, frech und lügnerisch, sondern tragen auch einen direkt aufwiegelnden Charakter."

Partei-Angelegenheiten.

Aus der Organisation. Eine Kreiskonferenz für den Reichstags-Wahlkreis [illegible]-Krossen beschloß die Gründung eines den ganzen Kreis umfassenden Zentralvereins. Der Monatsbeitrag wurde auf 20 Pf. festgesetzt mit 20 Pf. Eintrittsgeld. Der Verein beginnt seine Tätigkeit am 1. Februar.

Der sozialdemokratische Verein in Barmen hat, wie der Jahresbericht mitteilt, jetzt 777 Mitglieder gegen 434 am Anfang des Jahres. Die Einnahmen betrugen 4146 Mark.

Arbeiterbewegung.

In Crimmitschau arbeiten, nach den „Berl. Neuest. Nachr.", seit Sonnabend in den Textilfabriken wieder 5340 Personen, nämlich 4814 Sachsen, 303 nichtsächsische Deutsche und 193 Ausländer. Beim Ausbruch des Streiks beschäftigten die Fabriken 7503 Arbeiter und Arbeiterinnen, es sind also jetzt noch arbeitslos 2163 Personen.

Die große Vigognespinnerei und -Weberei Gebrüder Hoffmann in Crimmitschau ist einer verheerenden Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Die gesamte Arbeiterschaft ist brotlos. Der Schaden wird auf rund 1 Million Mark geschätzt.

Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ist im Stukkateurverbande abgelehnt worden. An der Urabstimmung beteiligten sich 3332 Mitglieder, von denen nur 581 für die Einführung stimmten.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 26. Januar 1904.

* **Das reiche Preußen und die armen Bahnarbeiter.** Wir haben schon mitgeteilt, daß Preußen aus seinen kolossalen Eisenbahn-Ueberschüssen für seine Arbeiter so gut wie gar nichts übrig hat. Nach Mitteilungen der „Berliner Zeitung" sind die Bahnarbeiterlöhne in den meisten Bezirken nicht nur nicht verbessert, sondern sogar gedrückt worden. Die Steigerung der Lohnsumme beträgt nämlich 4,6 Millionen bei einer gleichzeitigen Vermehrung des Personals um 9843 Mann.

Eine genaue Uebersicht über die gezahlten Löhne enthält der Etat grundsätzlich nicht. Bekanntlich ist auch dem „Verein für Sozialpolitik" die Bewilligung versagt worden, die Lage der preußischen Bahnarbeiter zu untersuchen. Bekannt ist nur so viel, daß Preußen im Durchschnitt pro Mann die geringsten Löhne zahlt. Das paßt schlecht zu der Devise „Preußen in Deutschland voran".

* **Rückwärts, rückwärts Don Rodrigo!** Das ist der Marsch, den die „einflußreiche" Scharfmacherin von Breslau, die „Schlesische Zeitung" allen Sozialpolitikern, gleichviel welcher Partei sie angehören mögen, zu blasen für gut befindet. Ihr gefällt das Wettlaufen der bürgerlichen Parteien um die Gunst der Wähler absolut nicht. Zunächst natürlich will sie der Regierung freie Hand bezüglich der Handelsvertragshandlungen lassen.

„Soll unsere Zollpolitik zum Gedeihen des Reiches wirken, so muß den Schwierigkeiten des großen Werkes einer Umgestaltung unseres längst veralteten Tarifes Rechnung getragen werden. Der innerste Gang der Vorbereitung und der Vorverhandlungen darf sich nicht vor aller Augen vollziehen; er verträgt in seinen Entwickelungsstadien keine öffentliche Kritik. Wer die Regierung drängt, ihn vor aller Welt bloßzulegen, mutet ihr zu, die Interessen des Reiches zu verraten, und schadet dem Vaterlande, dem er zu dienen wähnt. Wiederum standen bei der Interpellation über die Kündigung der Handelsverträge die Vertreter der Regierung allein für die bedrohte Sache des Vaterlandes ein. Keine Partei, kein einziger Redner aus dem Hause ist ihnen zu Hilfe gekommen.

Na, da haben es die „Staatserhaltenden" also. Sie schädigen in Wirklichkeit die Interessen des Vaterlandes. Aber was kümmern sich die ums Vaterland, wenn ihre eigenen Interessen Schaden leiden könnten!

Und nun gar die sozialpolitischen Wettrennen, das die wahren „Volksvertreter" gegenüber der „negativen" Sozialdemokratie veranstalten. Ihnen liest das Scharfmacherblatt so den Text:

„So haben die zur Staatserhaltung erwählten Parteien den ersten Aufschwung ihres Eifers auf Zwecke gerichtet, die ihrer eigenen Bestimmung zuwiderlaufen. Was hat sie dazu bewogen. Bei der Interpellation über die Versicherung der Handwerker trat es am klarsten hervor, daß es einfach Wählerfang war, auf den die Parteien ausgingen, ein Wählerfang, bei dem sie einander überboten. Dergleichen ist freilich nicht neu. Menschlich mag man das ja begreifen, aber zu rechtfertigen ist es nicht. Die zur Staatserhaltung bestimmten Parteien haben hier wie schon wiederholt erlebt, daß sie sich von ihren Gegnern sagen lassen mußten: „Ihr arbeitet mit Ideen, die wir zuerst ausgesprochen haben, und treibt somit unlauteren Wettbewerb." Das bezieht sich hauptsächlich auf die Interpellation über die Versicherung der Handwerker. Bei der Interpellation über die Kündigung der Handelsverträge trat noch ein anderer Punkt hinzu: der parteipolitische Starrsinn, der sich verpflichtet wähnt, festzuhalten an dem, was er unter anderer Sachlage früher sich vorgenommen hat. Beide Motive laufen im Grunde auf eins hinaus: auf eine Parteipolitik, die sich als Selbstzweck betrachtet, und weniger das Gemeinwohl als das Wohl der Partei, weniger das dauernde Gedeihen des Reiches als den Augenblicksprofit dieser oder jener Gruppe verfolgt.

Die Legislaturperiode, in welche wir eingetreten sind, eignet sich besonders wenig für parlamentarische Allotria. Unsere soziale Lage hat durch das Anwachsen der revolutionären Partei einen Ernst angenommen, der jedem denkenden Deutschen einleuchtet. Unsere finanzielle Lage erheischt eine strenge Selbstzucht bei allen denen, die über die Verwendung der Reichsmittel zu beschließen haben. In einer Zeit, wo unsere Finanzwirtschaft dahin gekommen ist, daß wir sogenannte „Zuschußanleihen" aufnehmen müssen, daß wir laufende Ausgaben aus Schulden decken müssen, da muß jedes parteipolitische Gelüste der Freigebigkeit vor dem Wohl des Ganzen zurücktreten."

Wir konstatieren mit Genugtuung, daß ein so hervorragendes konservatives Organ, wie das Breslauer Scharfmacherblatt es nun einmal ist, die Anträge ihres Parteigenossen Pauli ꝛc. als „parlamentarische Allotria", als Wählerfang ꝛc. zu bezeichnen gezwungen ist. Auch registrieren wir mit besonderer Freude, daß die „Schles. Ztg." endlich unsere alte Auffassung bestätigt, daß bei dem agrarischen Klüngel „weniger das Gemeinwohl, als das Wohl der Partei" und „der Augenblicksprofit dieser oder jener Gruppe" in Frage steht. Für zukünftige Fälle werden wir uns dies Zugeständnis merken.

* **Eine Arbeiter-Bibliothek für Oberschlesien.** An die Verleger und die Redakteure der Partei- und Gewerkschaftsblätter, die Leiter der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, Parteibuchhandlungen ꝛc., wie an alle einzelnen Parteigenossen richtet der Sozialdemokratische Verein in Kattowitz die dringende Bitte, an der Begründung einer Arbeiter-Bibliothek für den oberschlesischen Industriebezirk durch unentgeltliche Uebermittelung von Büchern, Broschüren und Zeitschriften mitwirken zu wollen. Nach schweren Kämpfen mit Gegnern aller Art ist es endlich gelungen, auch im oberschlesischen Industriebezirk eine politische Organisation der klassenbewußten Arbeiterschaft zu begründen. Dieselbe hat ihren Sitz in dem nach langem Kampfe mit Behörden ꝛc. errungenen eigenen Heim der Kattowitzer Arbeiter. Nunmehr gilt es, den noch engen Kreis der geistig vorgeschrittenen, kampfesmutigen Arbeiter allen Schwierigkeiten zum Trotz mehr und mehr zu erweitern, eine Kerntruppe zu bilden, die imstande sein wird, auch im oberschlesischen Industriegebiet unserer Sache den Sieg zu erringen. Diesem schönen Ziele würde eine größere gute Bibliothek dienen. Sie würde den armen, ungebildeten, aber nach Wissen, nach Licht im tiefen Dunkel ihres traurigen Lebens schmachtenden Arbeitern dieses fern von aller Kultur unmittelbar an Russisch-Polen und an Galizien grenzenden preußischen Gebiets zur leuchtenden Fackel werden können. Hunderttausende Arbeiter harren hier der Befreiung aus geistigen wie ökonomischen Banden, in die Pfaffentum und Industriefeudalismus sie gefesselt haben. Auch bei den polnischen Arbeitern kann eine deutsche Bibliothek Bedeutendes wirken, da infolge der Unterdrückung des polnischen Schulunterrichts zu Gunsten des deutschen, die polnischen Arbeiter meist erheblich besser deutsch wie polnisch lesen. Die vorhandenen oberschlesischen „Volksbibliotheken" sind aber entweder in den Händen der katholischen Geistlichen oder der hakatistischen „Germanisatoren", können für die Aufklärung der Arbeiter also niemals in Betracht kommen.

Wer daher an der Erfüllung der großen kulturellen Aufgaben der Arbeiterbewegung auch im oberschlesischen Industrierevier mitwirken will, der ermögliche durch opferwillige Schenkung von Büchern, Broschüren und Zeitschriften die Begründung der „Oberschlesischen Arbeiterbibliothek". Jede einzelne Gabe wird dankbar entgegengenommen. Insbesondere werden auch die Parteibuchhandlungen gebeten, von den bei der gegenwärtigen Inventuraufnahme etwa zurückgesetzten Sachen einiges für diesen Zweck zu opfern. Auch mehrere Exemplare desselben Werkes werden gern genommen, da die Bibliothek den Parteigenossen aller im Industriegebiet gelegenen Orte zur Verfügung gestellt werden soll. Erwünscht sind neben allen Erzeugnissen unserer Partei- und Gewerkschaftsliteratur volkswirtschaftliche, geschichtliche und naturwissenschaftliche Bücher und Schriften, besonders auch die Werke unserer namhaften deutschen Dichter, wie die des Auslandes in guten Uebersetzungen. Auch gediegene Unterhaltungslektüre ist sehr willkommen als Mittel zur würdigen, geistesanregenden Erholung unserer oberschlesischen Arbeiter. Sendungen erbeten an: Julius Bruhns, Schriftsteller, Kattowitz OS.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

* **Früh übt sich, was ein „Meister" werden will.** Soldatenmißhandlungen in hundert und elf Fällen hat der Gefreite und Kapitulant Kahle von der 6. Kompagnie des 155ten Infanterieregiments in Ostrowo begangen. Der Angeklagte ist in einer Unteroffizierschule „ausgebildet" und erst seit dem 1. Oktober v. J. beim Regimente. Die Verhandlung, die am 21. d. M. vor dem Kriegsgericht in Posen stattfand, ergab, daß Kahle die ihm zur Ausbildung zugewiesenen Rekruten dienstlich und außerdienstlich auf's Schwerste gemißhandelt hat. Hierbei gebrauchte er seine Faust, sein Seitengewehr, einen Klopfpeitschenstiel, kurz, er war in der Anwendung der „Erziehungsinstrumente" durchaus nicht wählerisch. Den Musketier Dehmel hat er so übel zugerichtet, daß D. am ganzen Körper braun und blau war und ins Garnisonslazarett aufgenommen werden mußte. Einen Rekruten hat er so lange an der Nase gerissen, bis diese blutete. Andere Rekruten hat er geohrfeigt, ihnen mit der Faust Zähne ausgeschlagen oder sie mit dem Kopf gegen Schränke gestoßen. Die Ausführung der einzelnen Fälle würde zu weit führen; die angeführten lassen zur Genüge erkennen, wie der Angeklagte die Ausbildung von Vaterlandsverteidigern auffaßt. Dem Umstande allein, daß die Mißhandlungen sehr bald zur Kenntnis der Anklagebehörde kamen, ist es wohl zu danken, daß dieses Muster von Soldatenerzieher uns nicht um einen Breitenbach noch übertrumpfenden Skandal bereicherte. Hatte ihm doch die glücklicherweise nur kurze Zeit seiner „Wirksamkeit" genügt, um 111 schwere Fälle von Soldatenmißhandlungen zu begehen. So viele Fälle nämlich wurden vom Gerichtshofe von den 114 zur Anklage stehenden als erwiesen angenommen und der Angeklagte nach dem Antrage des Anklagevertreters zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

*** Sozialdemokratischer Verein.** In der gestrigen gut besuchten Generalversammlung erstattete zunächst Genosse Zahn den Geschäftsbericht des Vorstandes, indem er auf den gedruckt vorliegenden Bericht (siehe Sonnabendnummer der „Volkswacht") verwies. Es sei zwar, so führte der Vorsitzende aus, eine sehr erheblich größere Mitgliederzahl erzielt worden, als im Vorjahre, doch sei die Beitragszahlung nicht in demselben Verhältnis gestiegen. Das Restantenwesen mehr und mehr zu beseitigen, müsse die Aufgabe des Bezirksführersystems sein. Der Redner beklagte auch, daß sich so wenige Genossen zu Referaten gemeldet hätten, trotzdem eine Reihe von Rednern für die politische wie gewerkschaftliche Agitation zur Verfügung ständen. — Eine Diskussion über den Vorstandsbericht wurde nicht beliebt. Hierauf erstattete Genosse Heymann als Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal. Die Einnahmen — einschließlich eines Bestandes von 326.51 Mark — betrugen 2093.31 Mk., die Ausgaben 1266.65 Mark, sodaß ein Bestand von 826.66 Mark verblieb. Bei der Lassallefeier wurden vereinnahmt 781.20 Mark, verausgabt 434.05 Mark, sodaß ein Ueberschuß von 347.15 Mk. der Vereinskasse zugeführt werden konnte. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Hierauf kam der Antrag Burgund und Genossen zur Verhandlung, das Statut dahin abzuändern, daß der Vorstand von 11 auf 7 Personen reduziert wird und dafür den Distriktführern Sitz und Stimme gegeben werde. Kühbs widersprach diesem Antrage, da er erstens nicht 14 Tage vorher eingebracht resp. veröffentlicht sei, wie das Statut verlange, und auch sachlich sich nicht rechtfertige, da demnächst eine gründliche Revision des Statuts notwendig werde. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob die Verhandlung des Antrags überhaupt zulässig sei, wurde beschlossen, über ihn sachlich zu verhandeln und zu beschließen. Der Antrag wurde angenommen. Bei der nun erfolgenden Vorstandswahl wurden gewählt: Zahn und Schütz als Vorsitzende, Heymann als Kassierer, Härtel und Stefanski als Schriftführer, Hallmann und Rossog als Bibliothekare. Zu Revisoren wurden Hermann, Frey und Rother gewählt.

Alsdann erstattete Genosse Neukirch namens der Preßkommission Bericht über deren Tätigkeit und die Entwickelung der „Volkswacht." Die Preßkommission hat zehn Sitzungen abgehalten und sich meistens mit geschäftlichen Fragen beschäftigt. Der Redner schilderte dann den beständigen erfreulichen Aufschwung, den die „Volkswacht" genommen und der sich besonders in der Abonnentenzahl und im Umfange äußert. Hat die „Volkswacht" früher nur vier Seiten stark erscheinen können, so hat sie seit März v. Js. wöchentlich mindestens vier Mal sechs Seiten stark und seit einem Monat regelmäßig mindestens sechs Seiten stark erscheinen können. Besonders die lebhafte Agitation in den Bezirken habe hier viel geleistet und es sei zu wünschen, daß die Genossen nicht erlahmen, sondern weiter wirken auf der beschrittenen Bahn, damit die „Volkswacht" in Zukunft auch in einer eigenen Druckerei hergestellt werden könnte. (Bravo!) Genosse Dedeck schloß sich den Ausführungen des Vorredners an und bemerkte, daß das Verhältnis der Kommission zu Expedition und Redaktion ein gutes genannt werden müsse. Streitigkeiten sind stets auf friedlichstem Wege beseitigt worden. Er schlägt vor, auf jeden Fall den Genossen Zimmer, der nicht anwesend sein könne, wiederzuwählen, denn Zimmer habe sich um die Preßkommission sehr verdient gemacht. Nach kurzer Debatte, die sich um die Möglichkeit besserer Kolportage und intensivere „Volkswacht"-Agitation dreht, wurde zur Neuwahl der Kommission geschritten. Die alten Mitglieder wurden wiedergewählt bis auf die Genossen Seickert und Neukirch, die wegen Arbeitsüberlastung eine Wiederwahl ablehnten. An ihre Stelle traten die Genossen Gerhardt und Linde.

In die Agitationskommission wurde Genosse Mehrlein gewählt. Hierauf verlas der Vorsitzende die Namen der bisherigen Distriktsführer, gegen deren weitere Tätigkeit die Generalversammlung keine Einwendungen zu machen hatte.

Ein Antrag Linde, dem Parteivorstand eine größere Summe als bisher zu überweisen, wurde abgelehnt, nachdem der Kassierer darauf hingewiesen, daß der Verein noch eine größere Schuld von der Reichstagswahl her zu decken habe.

*** Unter der Anklage des versuchten Betruges** stand der Mitinhaber der Baufirma Heller u. Günther, der Maurermeister Paul Günther vor der Strafkammer. Im Jahre 1901 war der besagten Firma seitens des Magistrats die Lieferung des Bauholzes zum Submissionspreise von 86,000 Mark für das zu errichtende Elisabeth-Gymnasium übertragen worden. Es sollte durchweg nur Kiefern-Holz geliefert werden. Der Bau, der schon im Jahre 1901 fertig gestellt werden sollte, wurde aber erst im Jahre 1903 unter Dach gebracht.

In einer im Gewerkschaftshause abgehaltenen Zimmerer-Versammlung wurde nun zur Sprache gebracht, daß die Firma Heller u. Günther anstatt kontraktmäßig nur Kiefernholz zu verwenden, auch zum Teil viel billigeres Fichtenholz eingebaut habe. Aus dem Versammlungsbericht erhielt der Magistrat von dieser Manipulation Kenntnis und ließ eine genaue Untersuchung des Gebäudes vornehmen, wobei sich dann auch herausstellte, daß am Bau 304,30 laufende Meter Fichtenholz als Gradsparren verwendet worden waren, die Stadt also ungefähr um einen Betrag von 200 Mk. geschädigt worden sei, da das Kubikmeter Fichtenholz [illegible] Mk. billiger sei als Kiefernholz und Günther von dieser vorschriftswidrigen Verwendung des minderwertigen Holzes in seiner dem Magistrat überreichten Rechnung nichts erwähnt hatte. Der Beklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß ihm seitens des Magistrats die Lieferungstermine zu spät mitgeteilt worden seien, er habe, um pünktlich liefern zu können, einen Lieferungsvertrag mit einer oberschlesischen Schneidemühle abgeschlossen habe. Diese sei ihrerseits wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen, nur wie bestellt, Kiefernholz in den angegebenen Längen zu liefern und habe deshalb Fichtensparren beigeladen. Erst beim Aufwinden der Balken sei der Fehler bemerkt worden, und da habe er (Günther) es dem Zufall überlassen wollen, ob man es seitens der Abnahmekommission bemerken würde oder nicht. Uebrigens habe er nur von einem 16 Meter langen Gradsparren Kenntnis.

Die Strafkammer glaubte dem Angeklagten diese Ausführungen. Er habe sich keinen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft, da nach Aussage des als Sachverständigen vernommenen Baurats ein Minderwert der Gesamtleistung nicht erzielt worden sei. Es erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt hatte 100 Mk. Geldstrafe beantragt.

*** Schiedsgericht für Arbeiterversicherung.** Der Arbeiter Pape ist schwer verunglückt, sodaß ihm die Berufsgenossenschaft die Vollrente gewährte. Nach einiger Zeit starb der Verletzte und die Witwe verlangte Sterbegeld und Hinterbliebenenrente, da der Tod ihres Mannes im Zusammenhang mit dem Unfall stand. Die Berufsgenossenschaft billigte der Frau beides zu. Mit der knappen Rente vermag sie ihren Lebensunterhalt nicht zu bestreiten und sie wendete sich an einen Konzipienten, die ja bekanntlich für Geld Alles machen können, und bat selbigen um Beistand. Der Mann zeigte sich auch sogleich hilfreich und richtete an die Berufsgenossenschaft ein Gesuch um entsprechende Erhöhung des Rentenbezugs. Er begründete dasselbe, indem er angab, es bestehe eine Entscheidung des Reichsversicherungsamts, daß einer in großer Bedürftigkeit lebenden Witwe eine höhere Entschädigung als 20 Prozent des Arbeitsverdienstes des Verstorbenen gezahlt werden müsse. Wir würden es im Interesse der notleidenden Witwen freudig begrüßen, wenn dem so wäre, leider aber läßt das Unfallversicherungs-Gesetz eine höhere Rente als 20 Prozent nicht zu. Von der Berufsgenossenschaft abgewiesen, wandte die Frau, wieder mit Hilfe des Konsulenten, das Rechtsmittel der Berufung beim Schiedsgericht an. In der mündlichen Verhandlung am 22. d. M. beantragte der Genossenschaftsvertreter nicht nur die Abweisung der Klägerin, sondern auch ihr die Kosten des schiedsgerichtlichen Verfahrens aufzuerlegen, er motivierte den Antrag mit dem Hinweis auf die Geschäftspraxis der Konzipienten, die ohne richtiges Verständnis für Unfallverletzte Schriftsätze anfertigen. Die Berufsgenossenschaften hätten genug Kosten zu tragen, daß sie von solch frivolen Anträgen verschont bleiben müssen. Die Hinterbliebenen-Rente könnte nicht höher als mit 20 Prozent bemessen werden. Derartige Anträge verursachten den Genossenschaften und Schiedsgerichten Kosten und Mühen. Das Schiedsgericht entschied demgemäß. Die Frau wurde abgewiesen und ihr auch die Kosten auferlegt.

Der Zuträger Hoffmann, der in der Saarauer Papierfabrik beschäftigt war, erlitt im Jahre 1900 beim Heben einer Lowry eine Quetschung in der Magengegend, die eine Blutung zur Folge hatte. Der Verletzte kam ins Krankenhaus und wurde nach längerer Zeit als geheilt und arbeitsfähig entlassen. Der Mann ging auch wieder in die Arbeit, aber bald stellten sich wieder Blutungen ein, die ihn vollständig arbeitsunfähig machten. Er verlangte aus diesem Grunde eine Unfallrente. Die Berufsgenossenschaft wies ihn auf Grund des ärztlichen Gutachtens ab. Er erhob Widerspruch und erschien im Termin. Der Augenschein lehrte, daß der Kläger wirklich schwer leidet, und doch verlangte der Genossenschaftsvertreter, daß ihm keine Rente, um die der Mann bat, gewährt werde. Der Arbeiter sei schon 1898 magenleidend gewesen und habe Blutungen gehabt, der Unfall, der überhaupt gar nicht erwiesen sei, stehe mit dem Leiden in keinem Zusammenhang. Der Vertrauensarzt, Herr Dr. Stempel, begutachtete, daß schon ganz leichte Einwirkungen in solchen Fällen zum Bluten führen können. Auch er konnte sich nicht entschließen, sich für Gewährung einer Rente zu erklären. Das Schiedsgericht war anderer Ansicht; es bewilligte dem kranken Manne die Vollrente für die Zeit der Krankenbehandlung, und nach dieser eine Teilrente von 25 Prozent.

*** Daß jemand die Invalidenrente entzogen wird,** dürfte nicht allzu häufig vorkommen. Ein solcher Fall ist aus Siegen zu berichten. Ein Mann aus dem Orte Freudenberg, der Invalidenrente bezog, litt an einem hartnäckigen Magenübel, das die ärztliche Kunst nicht zu beseitigen vermochte. Er geriet einem Quacksalber in die Hände und ließ sich von diesem verleiten, eine Danksagung in die Zeitung zu setzen, worin es hieß, daß er durch die Behandlung des Heilkünstlers in wenigen Tagen von seinem Leiden befreit worden wäre und sich nunmehr wieder ganz gesund fühle. Dieses kam zur Kenntnis der Behörden und dem Mann wurde mitgeteilt, daß ihm die Invalidenrente entzogen sei, da er nach seiner eigenen Angabe ganz gesund wäre.

*** Walhalla, der Aufenthaltsort der Seligen,** war für die alten Deutschen das Ziel aller Wünsche. Dort wurde geliebt und gespielt, gejagt und Krieg geführt. Aehnlich „himmlische Freuden" barg auch eine Kneipe gleichen Namens, die sich bis vor kurzem auf der Graupenstraße befand und als Verkehrslokal von Prostituierten sich die besondere Aufmerksamkeit der Polizei zugezogen hatte. Es wäre dort über kurz oder lang wahrscheinlich zur Entziehung der Konzession gekommen, wenn nicht ein Umstand eingetreten wäre, der den Inhaber selbst veranlaßte, die Bude zu schließen. An einem Abende gerieten einige der Mädchen wieder einmal in Zank miteinander und warfen sich mit Biergläsern. Dem Büffetier Göpfert wurde die Sache schließlich ein wenig zu bunt, und obwohl der Besitzer des Lokals empfohlen hatte, in solchen Fällen lieber ein Auge zuzudrücken, warf er die eine der Kämpfenden zum Tempel hinaus. Dieselbe hatte sich zwar entschieden hiergegen gewehrt und sich am Buffet festgeklammert, aber schließlich mußte sie doch der überlegenen Stärke des G. weichen. Auf der Straße fand nun der Radau die in solchen Fällen stets übliche Fortsetzung, was zur Folge hatte, daß den Prostituierten der Besuch dieses Lokals polizeilich verboten wurde. Infolge dieses Verbots ging die tägliche Einnahme des Lokals von 40—50 Mark auf 6—7 Mark zurück, weshalb sich dasselbe nicht mehr halten konnte. Genannter Buffetier sah sich nun aber veranlaßt, gegen den eigentlichen Besitzer, Wippermüller, (das Lokal hatte formell einen anderen Inhaber), auf Zahlung eines rückständigen Gehalts von 100 Mk. für einen Monat und Herausgabe der geleisteten Kaution von 1100 Mark und der Zinsen vor dem Gewerbegericht zu klagen. Wippermüller verweigerte die Zahlung, da ihm durch das Hinauswerfen des Mädchen und das hierauf erfolgte polizeiliche Verbot des Verkehrs Prostituierter in seinem Lokale ein weit größerer Schaden entstanden sei. Für diesen Schaden aber sei der Kläger verantwortlich, da ihm die größte Nachsicht gegenüber den Prostituierten zur Pflicht gemacht worden sei, damit die Erregung von Aergernis auf der Straße vermieden würde. Der Vorsitzende hatte in dieser Sache mit den Parteien allein einen Vortermin abgehalten, um sich über das umfangreiche Aktenmaterial zu informieren, bevor die Klage dem Gericht zur Entscheidung vorgelegt wurde. In der letzten Sitzung entschied nun das Gericht zu Gunsten des Klägers und wurde das Urteil bezüglich des Gehalts ohne Weiteres und bezüglich der Kaution unter der Bedingung für vorläufig vollstreckbar erklärt, daß der Kläger vorher noch eine Sicherheit in Höhe von 1100 Mark hinterlegt, da der Beklagte sich mit diesem Urteil nicht zufrieden geben wird und die Sache vor das Landgericht zu bringen gedenkt.

*** Die Krankenkasse „Union"** veröffentlicht in heutiger Nummer die neuen Adressen des Vorsitzenden und des Kassierers. Alle Interessenten verweisen wir auf das bezügliche Inserat.

*** Proletarier-Elend.** Vor einigen Tagen sprang ein wohnungsloser Arbeiter von der Brücke an der Mittelmühle in den Strom. Der Lebensmüde wurde durch zwei zur Hilfeleistung herbeigeeilte Männer wieder den Wellen entrissen, worauf er dem Allerheiligen-Hospital zugeführt wurde.

*** Beinahe ertrunken.** Auf der Oder in der Nähe des Augustaplatzes trieben einige junge Burschen Montag Mittag Unfug. Dabei brach der eine ein und steckte bald bis zu den Armen im Wasser. Glücklicherweise gelang es ihm, sich am Rande festzuhalten, bis seine Genossen ihn herausziehen konnten.

*** Schwer Erkrankter.** Am 23. d. Mts. wurde auf der Gneisenaustraße ein unbekannter Mann in schwerkrankem Zustande aufgefunden und der Anstalt an der Einbaumstraße zugeführt.

*** Messerheld.** In der Nacht zum 24. d. Mts. wurde auf der Chaussee zwischen Rosenthal und Breslau ein Arbeiter von einem jungen Burschen, mit dem er in einen Wortwechsel geraten war, mit einem Messer tief in den Rücken gestochen. Der Täter ergriff die Flucht, wurde aber auf der Elbingstraße eingeholt und festgenommen. Dem Verletzten wurde in der Feuerwehr auf derselben Straße ein Verband angelegt.

*** Schwindler.** Am 20. d. M., Vormittags, erschien ein junger Mann in einem Café und bat einen Kellner, ihm das Reichsadressenbuch für eine in der Nähe ansässige Firma zu leihen. Ohne Bedenken wurde das Buch verabfolgt. Als aber eine Rücklieferung des Buches nicht erfolgte, wurde eine Anfrage an die Firma gerichtet, wobei sich ergab, daß diese keinen Auftrag erteilt hatte. Der Betrüger war mit schwarzem steifen Hut, dunklem Anzug und grauem Winterüberzieher bekleidet.

*** Ein frecher Dieb.** Am 23. d. Mts., Abends entriß am Hintermarkt ein Arbeiter einer Dame die Handtasche und ergriff die Flucht in der Richtung nach dem Ring. Hier warf sich ein Schutzmann dem von mehreren Personen verfolgten Diebe entgegen und überwältigte ihn nach kurzer Gegenwehr, worauf der Mann in die Polizeiwache auf der Weidenstraße eingeliefert wurde. Als er von hier am nächsten Morgen durch den Zellenwagen nach dem Polizeigefängnis abgeholt werden sollte, versuchte er auf der Straße zu flüchten. Der den Wagen begleitende Beamte erfaßte den Dieb noch rechtzeitig und erst nach heftigem Kampfe konnte derselbe in den Wagen befördert werden.

*** Gestohlen** wurden am 23. d. M. eine goldene große Herrenremontoiruhr mit dem Monogramm M. G. nebst schwerer goldener Panzerkette im Werte von 450 Mk., einer Schlossermeistersfrau, während sie in einem Warenhause Bücklinge kaufte, ein grünes Portemonnaie mit über 200 Mk. und aus dem Entree einer Wohnung auf der Moritzstraße ein fast neuer dunkler Sommerüberzieher. Der letztere Diebstahl ist anscheinend von einem jugendlichen Bettler verübt worden.

*** Unterschlagung.** Ein hiesiger Maurermeister übergab am 23. d. Mts., Vormittags, seinem 20 Jahre alten Bureaugehilfen Arthur Arlt 1000 Mk., mit welchen dieser Rechnungen bezahlen sollte. Der junge Mann ist nicht mehr zurückgekehrt. Er hat einen Anflug von Schnurrbart und trägt einen Kneifer.

*** Verhaftet** wurde ein Arbeiter, der aus einer Portierstube auf der Paradiesstraße einen Pelz gestohlen hatte.

*** Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 23. u. 24. d. M. 50 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Gummischuh, eine silberne Herrenuhr, eine Pferdedecke, ein Trauring, ein Damenring, ein goldener Ring mit lila Stein, und eine silberne Damenuhr. — Abhanden kamen: eine französische Zylinderuhr nebst Haarkette, ein goldenes Armband und ein Portemonnaie, enthaltend 22.50 Mark und eine Karte des Beamtenvereins.

Hirschberg, 23. Januar. Ein böser Scherz. Es ist kaum glaublich, was für Dummheiten Leute im sogenannten Scherze treiben. In Hirschberg neckten sich ein Knecht und das Dienstmädchen. Der Knecht fragte das Mädchen, ob er sie aufhängen solle. „Das könne er ja mal versuchen", antwortete lachend das Mädchen. Der Knecht band jetzt dem Mädchen sein Taschentuch um den Hals und hob es damit nur eine Sekunde lang empor. Als er das Mädchen wieder auf den Boden stellen wollte, brach es leblos zusammen. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte eine eingetretene Lähmung des ganzen Körpers fest. Der Knecht hat dem Mädchen jedenfalls das Genick verrenkt, sodaß der Fortsatz des zweiten Halswirbels, um den sich der erste, der Atlas, dreht, das Rückenmark quetscht, wodurch die Bewegungsfähigkeit der Gliedmaßen aufgehoben wird. Das Mädchen wird schwerlich wieder gesund werden.

Liegnitz, 23. Januar. Gewerkschafts-Kartell. Am 21. Januar fand die erste diesjährige Kartell-Versammlung statt. Der Kassierer, Genosse Winkler, erstattete den Kassenbericht für das zweite Halbjahr 1903. Die Einnahme beträgt demnach 328.23 Mk., die Ausgabe 229.75 Mk., sodaß ein Kassenbestand von 98.48 Mk. bleibt. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Da der bisherige Vorsitzende, Genosse Paul Heider, aus dem Kartell ausscheidet, dankte ihm die Versammlung durch Erheben von den Plätzen für seine langjährige, segensreiche Tätigkeit. Bei der Neuwahl der Agitationskommission, welche die geschäftliche Leitung des Kartells besorgt, wurden Genosse Friedrich Rösner als 1. Vorsitzender, Karl Löbe als 2. Vorsitzender, Paul Winkler als Kassierer und Oskar Frömsdorf als Schriftführer gewählt. Bei Punkt „Gewerbliches" entspann sich eine längere Debatte über die plötzliche Beendigung des Kampfes in Crimmitschau, worauf beschlossen wurde, am Sonntag, den 31. Januar, eine öffentliche Volksversammlung abzuhalten, welche sich mit der gegenwärtigen Lage in Crimmitschau beschäftigen soll. Des weiteren gab der Delegierte der Töpfer und Ofensetzer bekannt, daß alle in Liegnitz ausgesperrten, bis auf zwei, wieder eingestellt sind, und daß auch diese zwei bald Arbeit finden würden. Bei Erledigung der schriftlichen Eingänge wurde auf das neugegründete Streik-Nachrichten-Bureau von Markwald in Magdeburg hingewiesen und festgesetzt, daß bei Ausbruch eines Streiks resp. Aussperrung durch den Kartellvorsitzenden dorthin zu berichten ist. Es wurden dann noch eine Reihe von Fragen erörtert, die unser Gewerkschaftshaus betreffen. Der Kassierer der Lokalkommission gab den Bierumsatz des letzten Vierteljahres bekannt und berichtet über die Einlösung einer Anzahl Schuldscheine. Genosse Heider erinnerte daran, daß die „Liegnitzer Typographia" am 1. Osterfeiertag einen lyrischen Abend veranstaltet, an welchem der bekannte Schauspieler und Rezitator Walkotte das Melodrama „Enoch Arden" zum Vortrag bringen wird, und fordert die Delegierten auf, ihren Gewerkschaften den Besuch dieser Veranstaltung zu empfehlen. Die nächste Kartell-Versammlung wurde auf den 18. Februar cr. festgesetzt. Schluß der Versammlung $11\frac{1}{4}$ Uhr.

Alt-Warthau, 23. Januar. Am 19. d. Mts. fand im Lokale des Herrn Stanke eine Steinmetz-Versammlung statt. Aus dem Berichte des Kassierers war zu ersehen, daß im vierten Quartal 1903 689.56 Mk. eingenommen und 483.81 Mk. ausgegeben wurden. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von 1544.70 Mk. und eine Ausgabe von 1338.45 Mk., somit Bestand 206.25 Mk., zu welchen noch 1534 Mk. kommen, welche zinstragend angelegt sind. Bei der Krankenzuschußkasse wurden im vierten Quartal 278.71 Mk. eingenommen und 24.50 Mk. ausgegeben. Im ganzen Jahre sind bei dieser Kasse eingenommen 671.21 Mk. und ausgegeben 417 Mk. Von dem Bestande wurden 200 Mk. zinstragend angelegt. Zur besseren Regelung der Krankenunterstützung wurden die Kollegen Wirth, Kubitza, Werber, Braun, Hasse und Weber gewählt, diese haben bis zur nächsten Versammlung ein neues Statut fertig zu stellen. Für die streikenden Bunzlauer Erdarbeiter wurden 171.30 Mk. auf Listen gesammelt. Nach Crimmitschau konnten 241.60 Mk. abgesandt werden, außer dieser Summe schickten die hiesigen Brecher noch 81.10 Mk. an die dortigen Ausgesperrten. Der Punkt „Verbandstag" wurde für eine andere Versammlung zurückgestellt. Ferner wurde beschlossen am Sonntag, den 31. d. Mts. im Vereinslokale einen Maskenball abzuhalten.

— Am 21. Januar fand im Lokale des Herrn Stanke eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Aus dem Berichte des Kassierers war zu entnehmen, daß im vierten Quartale 1903 199.01 Mk. eingenommen und 118.85 Mk. ausgegeben wurden. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von 649.46 Mk. und eine Ausgabe von 469.80 Mk., darunter für Reichstagswahl 240.40 Mk., Landtagswahl 85.60 Mark, Kreisvertrauensmann 84 Mk., Agitationskommission 14.10 Mk., Parteivorstand 20 Mk. Die Bibliothekskasse erzielte eine Einnahme von 65.84 Mk. und stand derselben 45.40 Mk. Ausgaben gegenüber. — Volksversammlungen wurden sieben abgehalten, Vereinsversammlungen acht, gegenwärtig zählt der Verein 78 Mitglieder. — In den Vorstand wurden als Vorsitzender Karl Lange, als Kassierer Hugo Braun wieder- und Bruno Ueberschär als Schriftführer neu gewählt. Revisoren wurden die Genossen Kücke, Föst und Kohl. Als Kandidaten für die stattfindende Gemeinderatswahl wurden die Genossen [illegible] Hasse, H. Weidner und Karl Weber bekanntgegeben.

Neustadt OS., 25. Januar. Montag den 1. Februar, Abends 8 Uhr, findet eine große öffentliche Parteiversammlung im Lokale des Arbeiter-Kasinovereins, Kunzendorferstraße 704, mit fol-

gender Tagesordnung statt: 1. Wo sind die Kulturfeinde? Referent Genosse Bruhns-Kattowitz. 2. Freie Diskussion. Zu recht zahlreichem Erscheinen werden die Parteigenossen hierdurch freundlichst eingeladen, sowie auch Gegnern der Zutritt gestattet ist.

Bielschowitz OS., 25. Januar. Eine Dynamitexplosion fand heute Vormittag auf dem Guidoschacht der Bielschowitzgrube statt. Es wurden zwei Häuer verletzt, welche ihren Wunden bereits erlegen sind.

3. Allgemeiner Kongreß der Krankenkassen Deutschlands.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Der Antrag **Hoch** lautet im Einverständnis mit der Redaktionskommission:

„Die Kr.-K.-Vertreter erklären die Einführung der freien Arztwahl als eine innere Angelegenheit einer jeden Kr.-K., die je nach den örtlichen Verhältnissen am zweckmäßigsten zu regeln ist und halten sich deswegen für berechtigt und verpflichtet, sich gegen die Einführung der freien Arztwahl durch Gesetzgebung oder Selbsthilfe zu erklären." Dieser Zusatzantrag findet einstimmige Annahme, der erste Satz des Abs. 5 der Resolution ist damit gefallen. Im Abs. 8 der Resolution wird auf Antrag Dr. Meyer-Frankenthal hinter den Worten „steuerzahlenden Versicherten" eingefügt: „und Arbeitgeber". Hierauf wird die Resolution, deren genaueren Wortlaut wir unten mitteilen, mit Einstimmung angenommen. Das Resultat wird mit großem Beifall aufgenommen.

Darauf gelangt noch eine Resolution Prinz zur Annahme, welche fordert, daß die Behörden bei Differenzen zwischen Aerzten und Kassen sich jeder Einmischung, soweit diese nicht durch das Gesetz bedingt ist, enthalten.

Fränhdorf-Dresden ersucht die Delegierten zu den Kosten des Kongresses beizutragen. Sodann verweist er auf die Generalkommission in Berlin, welche zu Auskünften in allen Aerzte-Angelegenheiten bereit ist.

Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission sind 795 Kassen mit 2,223,160 Mitgliedern vertreten; davon sind 418 Ortskrankenkassen, 250 Betriebs- und 23 Innungs- und 104 freie Hilfskassen.

Simanowski schließt hierauf den Kongreß mit einem Appell an die Delegierten, den Beschlüssen des Kongresses zur Durchführung zu verhelfen.

* * *

Resolution.

Als Wahrer der Interessen von Millionen Versicherten weisen die auf dem dritten deutschen Krankenkassenkongreß anwesenden Vertreter deutscher Orts-, Betriebs-, Knappschafts-, Freien Hilfs- und Innungs-Krankenkassen die Anschauung zurück, daß die durch das Krankenversicherungsgesetz geschaffenen sozialen Institutionen den ärztlichen Notstand verschulden, da sie im schreienden Widerspruch steht mit den Tatsachen der nationalen und internationalen Statistik.

Die hier versammelten Krankenkassenvertreter erheben ferner Einspruch gegen die Vereinbarungen bestimmter Aerztegruppen, die Abwehrbestrebungen der Krankenkassen gegen unberechtigte ärztliche Forderungen als ungesprochene sozialdemokratische Maßnahmen in Mißkredit zu bringen, denn in der Tat sind die Kassen aller Organisationsformen, gleichgültig ob sie unter der Leitung von Staatsbeamten, Unternehmern, Innungsmeistern oder organisierten Arbeitern stehen, einig in der Zurückweisung derart ger Forderungen.

Die Krankenkassenvertreter erblicken in dem übereifrigen Bestreben bestimmter Interessenkreise den sozialen Gegensatz zwischen den Unternehmern und Arbeitern mit dem zwischen Aerzten und Krankenkassen gleichzustellen, eine wohlfeile Irreführung der Versicherten zu Gunsten unberechtigter ärztlicher Standesforderungen; denn die Krankenkassen sind keine auf Profit aufgebaute Unternehmen und die Aerzte keine Lohnarbeiter, vielmehr sind die Kassen Wohlfahrtsinstitute und die Aerzte eine Art Sanitätsbeamte, die ein weitgehendes, tatsächliches Verfügungsrecht über Kassenmittel besitzen.

Die Krankenkassenvertreter sehen sich ferner gedrängt, gegen die Haltlosigkeit der in der Aerztepresse auftauchenden Behauptung, die Krankenkassen seien reine Geldinstitute, aufzutreten, da ja der größte Teil der deutschen Krankenkassen noch nicht einmal den gesetzlich erforderten Reservefonds zusammengebracht hat.

Der Versuch einer Reihe von Kassen, die freie Aerztewahl durchzuführen, ist an der enormen Steigerung nicht nur der ärztlichen Honorare, sondern mehr noch des Krankengeldes und der Medikamente gescheitert. Sie verhinderte infolgedessen den Ausbau der sozialen Fürsorge (Familienunterstützung, Rekonvaleszentenpflege usw.) gemäß § 21 des Krankenversicherungsgesetzes.

Die Krankenkassenvertreter halten es für ihre Pflicht, die Krankenkassen auf die charakteristische Tatsache aufmerksam zu machen, daß die Aerzte auf ihren Kongressen vielfach die Frage der freien Aerztewahl mit der Frage der Bezahlung nach Einzelleistung verknüpften.

Sie weisen die Bezahlung nach Einzelleistung auch bei ermäßigten Sätzen als eine den Ruin der Kassen herbeiführende Forderung zurück, welche den ganzen sozialen Zweck der Versicherung zu vernichten geeignet ist; sie macht die Selbstverwaltung zu einem großen Teile illusorisch.

Die Vertreter der Krankenkassen halten den Weg einer direkten Zuwendung von Staatsmitteln an die Aerzte im Interesse der steuerzahlenden Versicherten und Arbeitgeber und der Selbstverwaltung der Kassen nicht für gangbar.

Die Krankenkassenvertreter bezeichnen die ärztliche Forderung, die Personen mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mark außerhalb der sozialen Versicherung zu stellen, für sozial rückständig und für die Fortentwickelung der Kassen lähmend.

Die Krankenkassenvertreter erachten eine Aenderung der sich auf den ärztlichen Beruf erstreckenden Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Krankenkassen gesetzlich zur Gewährung ärztlicher Hilfeleistung gezwungen und somit den Aerzten in die Hände geliefert sind. Der Staat, der den Krankenkassen die Gewährung dieser Leistungen direkt auferlegt, muß auch gesetzlich für die Möglichkeit ihrer Erfüllung dadurch Sorge tragen, daß er die Aerzte gegen die Bezahlung staatlicher Taxen zur ärztlichen Hilfeleistung gegenüber den Krankenkassenmitgliedern verpflichtet.

Da einzelne Kassen sich vielfach als ohnmächtig gegenüber unberechtigt an sie herantretende Forderungen erweisen, empfiehlt der Kongreß für alle Orte bezw. Bezirke die Zentralisation aller Kassenarten bezw. den Zusammenschluß zu Verbänden schleunigst zu bewirken.

Die Krankenkassenvertreter erklären zum Schluß, daß sie sich von jeder prinzipiellen Aerztefeindschaft frei wissen und nur bestrebt sind, die sozialen Aufgaben der Krankenkassen mit den Berufsinteressen der Aerzte in Einklang zu bringen.

Neueste Nachrichten.

125 Bergleute verschüttet.

In einem Schacht der Harwick-Coal-Company bei Ebenwick sind durch Explosion **125 Grubenarbeiter verschüttet** worden. Man glaubt, daß viele auf der Stelle getötet oder erstickt sind.

Die letzten Nachrichten über die Explosion schlagender Wetter auf der Grube bei Ebenwick lassen auf eine furchtbare Katastrophe schließen. Die Grube ist erst kürzlich eröffnet worden und galt als äußerst gefährlich. Nach den bisherigen Feststellungen werden 180 Grubenarbeiter vermißt. Man glaubt, daß kein einziger gerettet worden ist. Die Detonation war meilenweit zu hören.

Schon wieder?

Zu dem Chemnitzer Offizierszweikampf erfährt die „Allg. Ztg.", daß der Gegner des im Duell gefallenen Leutnants Schubert der Hauptmann v. Schröter vom Infanterie-Regiment Nr. 107 in Leipzig ist, der früher dem 177. Infanterie-Regiment angehörte und mit Schubert zur Unteroffiziervorschule in Marienberg kommandiert gewesen war. Der Anlaß zum Zweikampf ist, wie in Wien dem Vernehmen nach verlautet, in unerlaubten Beziehungen des Leutnants Schubert zu der Hauptmannsgattin zu suchen. Schubert war der Sohn eines in Dresden lebenden Oberst z. D.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 25. Januar.

Heirats-Ankündigungen. I. Maschinist Robert Knuske, ev., Hildebrandtstr. 4, und Luise Wagner, ev., ebendas. — Hausbäcker Georg Gröschel, ev., Berliner Chaussee 143, und Anna Scholz, ev., ebendas. — Metalldrücker Oskar Heerde, ev., Alsenstr. 21, und Martha Opitz, geb. Schmidt, kath., Brüderstr. 30. — Stellmacher Robert Renn, ev., Weißgerbergasse 56, und Angelika Duszynska, kath., ebendas. — Buchbinder Fritz Conrad, kath., Oderstraße 16, und Hedwig Kretschmer, kath., ebendas. — II. Bahnarbeiter Leo Kampa, kath., Vorwerksstr. 92, und Elisabeth Hellcher, geb. Tscherchne, ev., hier. — Kutscher Paul Wagner, kath., Ohlauer Chaussee 96, und Anna Paschke, kath., Schadewitz, Kreis Falkenberg OS. — Eisenbahnschlosser Heinrich Pfitzner, kath., Flurstr. 6, und Emma Jariey, ev., Erdanstr. 21. — Arbeiter Max Pawpel, ev., Brüderstr. 49, und Martha Schlaupe, geb. Neumann, ev., hier. — Gasanstaltsarbeiter Karl Mefel, ev., Vincenzstr. 11, und Auguste Zimmermann, ev., Tauentzienstr. 78. — Kutscher Robert Günther, ev., Friedrichstr. 10, und Helene Stephan, ev., Brunnenstr. 15.

Eheschließungen. I. Möbelpolierer Paul Scheffler, ev., Antonienstr. 31, mit Martha Decke, geb. Thuns, kath., Kurzegasse 61. — Bierkutscher Karl Linke, ev., Kleine Groschengasse 4, mit Emma Hartmann, ev., Antonienstr. 14. — Zuschneider Oskar Tschendel, ev., Kupferschmiedestr. 44, mit Emma Treffer, ev., Sternstraße 35. — Haushälter Wilhelm Franke, kath., Sandstr. 15, mit Emma König, ev., Sonnenstr. 3. — Kutscher Ernst Lehnert, ev., Marktplatz 5, mit Emma Brandike, kath., Vorwerksstr. 8. — Maschinist Fritz Eulig, ev., Ritterplatz 8, mit Bertha Strehler, kath., Ohlauufer 23. — Former Rudolf Hellmich, kath., Berliner Chaussee Nr. 5, mit Luise Reimann, ev., ebendas. — II. Bierkutscher Felix Lake, kath., Margaretenstr. 5, mit Marie Schmieja, kath., Neue Tauentzienstr. 16. — Zimmergeselle Karl Fabich, ev., Brunnenstr. 16, mit Pauline Teichmann, geb. Kalkbrenner, ev., hier. — Kutscher Otto Krusch, ev., Margaretenstr. 6, mit Anna Fleischer, kath., Gardestr. 11. — Tischlergeselle Valentin Jarmut, kath., Posen, mit Elisabeth Weber, geb. Fischer, kath., Bahnhofstr. 5. — Monteur Karl Walacke, ev., Friedrich-Wilhelmstr. 17, mit Margarete Timansky, kath., Neue Tauentzienstr. 70. — Eisenbahn-Wagenlackierer Friedrich Werner, ev., Odenstr. 45, mit Christiane G... mann, ev., Augustastr. 93. — Schmiedegeselle Paul Felge, Königsgräberstr. 15, mit Emma Schosnig, ev., Berlinerstr. ... Tischlergeselle Robert Hanisch, ev., Klosterstr. 94, mit Luise ... ev., Klosterstr. 96.

Als Beitrag
für die Ausgesperrten in Crimmitschau

gingen beim Gewerkschaftskartell ein:

Bisher quittiert den 25. Januar 1904	40
Stukkateure auf Liste Nr. 647 durch Reichelt	
Zimmerer „ „ „ 714 „ Erowig	
Schneider „ „ „ 633	
„ „ „ 630	
Gesammelt von den Monteuren und Gehilfen der Firma Adolf Stephan	
Barbiere durch Nieblich auf Liste Nr. 529	
Holzarbeiter, Tarifkommission der Erkenarbeiter	
Tischler und Maschinenarbeiter Schröter u. Lehmann auf Liste 332	2
Summa	413

Carl Fläschel, Grünstraße 14/16.

Gewerkschaftshaus.

Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells: Paul Volk... Kleine Fürstenstraße 21.

Dienstag, den 26. Januar:

Holzarbeiter-Versammlung im Saale.
Stukkateur-Verband. Zimmer Nr. 1.
Grundstein zur Einigkeit. Krankenkasse. Zimmer Nr. 2.
Lehrkursus für Schneider. Zimmer Nr. 3.
Freie Turnerschaft. General-Versammlung im Billardzimmer.

Mittwoch, den 27. Januar:

Arbeiter-Radfahrer-Verein. Zimmer Nr. 1.
Lehrkursus der Maurer. Zimmer Nr. 2.
Maurer-Gesang-Verein. Zimmer Nr. 3.

Donnerstag, den 28. Januar:

Zimmerer-Versammlung im Saale.
Maler-Verband. Zimmer Nr. 2.
Lehrkursus für Schneider. Zimmer Nr. 3.

Freitag, den 29. Januar:

Holzarbeiter-Verband Zimmer Nr. 1.
Gewerkschaftskartell. Zimmer Nr. 2.

Sonnabend, den 30. Januar:

Maskenball der Tapezierer im Saale.

Mitteilungen der Bezirksführer ...:

Distrikt I (Gräbschen).

Bezirk 3. Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, ... sammenkunft. Das Lokal ist in den Mitgliedsbüchern angegeb... Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Bezirk 6. Zusammenkunft Dienstag, den 26. Januar im ... kannten Lokale.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Bezirk 15. Sonntag, den 31. Januar, Vormittags 10 U... Besprechung im bekannten Lokal. Die Mitglieder werden ersu... sämtlich zu erscheinen. Der Bezirksführer.

Bezirk 16. Mittwoch: Zusammenkunft im bekannten Lo... Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Bezirk 23 (Tschepinerstraße umfassend). Mittwoch, 27. ... nuar: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Empfangnahme ... Mitgliedsbücher. Wahl eines stellvertretenden Bezirksführers.

Der Bezirksführer.

Bezirk 111 und 112. Mittwoch, den 27. Januar, Aben... 8 Uhr: Zusammenkunft im Lokal B. Der Bezirksführer.

Distrikt III (Oder-Vorstadt).

Bezirk 41. Donnerstag, Abends 8½ Uhr: Zusammenk... der Mitglieder im bekannten Lokal. Pünktliches und vollzähli... Erscheinen dringend erwünscht. Arndt, Bezirksführer.

Distrikt VI (Ohlauer und Schweidnitzer Vorstadt).

Bezirk 73. Dienstag, den 26. Januar, Aben... 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Bezirksführer-Wa... Zahlreiches Erscheinen wünscht Der Stellvertreter: Pau...

Bauarbeiter in Hartlieb-Krietern. Am 30. Januar ... sammenkunft im bekannten Lokale.

Versammlungen und Vereine.

Hannau. **Arbeiter-Gesang-Verein.** Jeden Donner... tag, Abends 8 Uhr: Singstunde bei Grun...

Brieg. **Männergesangverein „Vorwärts".** Jeden Donne... tag: Uebungsstunde.

Neustadt O.-S. Montag, den 1. Februar 190... Abends 8 Uhr: **Große öffentli... Parteiversammlung** im Lokale des „Arbeiter-Kasinovereins... Kunzendorferstraße 704. Tagesordnung: 1. Wo sind d... Kulturfeinde? Referent: Genosse Bruhn... Kattowitz. 2. Freie Diskussion. Zu recht zahlreichem ... scheinen werden die Pa teigenossen hierdurch freundlichst e... geladen, sowie auch Gegnern der Zutritt gestattet ist.

Der Vertrauensmann.

Stadt-Theater.

Dienstag:
„König Ottokars Glück und Ende."
Mittwoch:
„Lohengrin".

Lobe-Theater.

Dienstag:
„Das verwunschene Schloß".
Mittwoch:
„Kapellmeister".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag, Gruppe G, 3. Vorstell.: **„Der Sturmgeselle Sokrates."**
Sonnabend Gruppe H, 3. Vorstell.: **„Der Sturmgeselle Sokrates".**

Dominikaner.
Letzte Woche!
Täglich die
Elite-Leipziger
Alle 3 Tage neues Programm.
Entree 10 Pf.

Die dem Maurer **Franz Niekrawitz** zugefügte Beleidigung nehme ich nach schiedsmännischem Vergleich zurück und leiste Abbitte.
107 **Deichsel.**

Eleg. Herren- und Damen-Masken verleiht v. 1.50 Mk. an **Kühnöhl,** Theresenstrasse 8.

„Union",
Allgemeine Kranken-Zuschuß-Kasse
für Breslau und Umgegend.

Der Vorsitzende **A Heckner** wohnt Virchstraße 63, II. — Der Kassierer **Julius Kapplitz** wohnt Louisenstr. 23, III.

Beide nehmen Krankenmeldungen sowie Aufnahmen von Mitgliedern entgegen. [110

Buchhandl. „Volkswacht".	Mk.
Moses oder Darwin von Dr. K. Dodel	1.—
Das Recht auf Faulheit von Paul Lafargue	0.15
Der 18. Brumaire von Karl Marx	1.—
Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln von Karl Marx	0.25
Zum Jubeljahr der März-Revolution von Wilhelm Liebknecht	0.30
Die Marx'sche Werttheorie von P. Fischer	0.50
Das Dresdener Zuchthaus-Urteil vor dem Reichstag	0.20
Das Evangelium eines armen Sünders von Weitling	0.80
Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter von Emanuel Wurm	0.60

Gesellenausschuß-Wahl
der Tischler-Innung, Breslau
in Lachmuth's Etablissement, Mauritiusplatz 4,
Donnerstag, den 28. Januar, abends 8 Uhr.

Wahlberechtigt sind die bei einem Innungsmitgliede beschäftigten volljährigen Gesellen, welche sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. 106

Der Vorstand der Tischler-Innung, Breslau.

Achtung! Achtung!
Zimmerer!
Donnerstag, den 28. Januar cr., abends 7 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im großen Saale des „Gewerkschaftshauses", Margarethenstraße Nr. 17.

Tages-Ordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Bericht der Kartelldelegierten. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 4. Wahl der Paradeure. 5. Verschiedenes. 109

Die Mitgliedsbücher legitimieren in jeder Mitglieder-Versammlung.

Kameraden! Zeigt, daß Ihr endlich die Lauheit mit dem alten Jahre begraben habt, zeigt durch Massenbesuch der Versammlung im neuen Jahre an, daß Ihr Willens seid, kräftiger denn je für die Ideen Eures Verbandes einzutreten. Fort mit der lang heiligen Interessenlosigkeit! **Der Vorstand.**

Soeben ist erschienen:
Crimmitschau
unterm Belagerungszustand.
Einzelpreis **15** Pfg.

Eine Darstellung der Ursachen und des Verlaufs der Aussperrung und eine Würdigung des Kampfes in Crimmitschau. Die Darstellung ist belebt durch charakteristische Zeichnungen aus dem Weberkampfe.

Bestellungen werden zahlreich und baldigst erbeten.

Der aus dem Verkauf der Broschüre erzielte Ueberschuß wird den Ausgesperrten überwiesen.

Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Jena oder Sedan?
Roman von F. A. Beyerlein.
Billige Volksausgabe. Auflage 60000
Preis brosch. 2 Mk., geb. 3 Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht".

Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinzielles" und die Inserate: **Friedrich Mehrlein;** — für den gesammten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt": **Paul Löbe.** Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oscar Schütz.** — Druck von **Th. Schatzky:** — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Hierzu 1 Beilage]

Beilage zu Nr. 21 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 26. Januar 1904.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung Montag, 25. Januar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch Graf Posadowsky, Freiherr v. Stengel.

Die zweite Lesung des Etats

beginnt mit dem **Etat des Reichstags.** Dazu liegt vor eine **Resolution Dr. Sattler** (natl.) auf Gewährung von **Anwesenheitsgeldern** für die Abgeordneten.

Abg. **Dr. Paasche** (natl.): Unsere Resolution entspricht wiederholten Forderungen des Reichstags. Leider hat der Bundesrat diese immer noch nicht erfüllt. Der Bundesrat aber ist ebenso sehr auf uns angewiesen, wie wir auf ihn. (Beifall.)

Abg. **Gröber** (Zentr.): Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, nicht nur die Bundesratsmitglieder, sondern auch wir. (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, Diäten zu befürworten. Ist er denn so einflußlos im Bundesrat? Alle süddeutschen Staaten sind für Diäten, aber Preußen ist das Hindernis. Das ist keine Reichspolitik, sondern eine preußisch-partikularistische Politik. (Lebh. Zustimmung im Zentr.)

Abg. **Pfannkuch** (Soz.): Auch wir treten für die Resolution ein, obgleich wir auch ohne Diäten wachsen und gedeihen. Unser Weizen wird weiter blühen, wie bisher, mit oder ohne Diäten. Am liebsten hätten wir jedes Jahr einen neuen Wahlkampf (Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz.) Redner rät die Verbesserung der Löhne der diätarisch angestellten Hausbeamten und Zahlung der Hälfte des Tagelohns während der reichstagslosen Zeit an sie an. Die Presse klagt noch immer über die mangelhafte Beleuchtung ihrer Arbeitsplätze und über ungenügende Einrichtungen in den zu engen Telephonzellen.

Präsident **Graf Ballestrem**: Solche Anregungen sind wir immer willkommen; die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt, stehen aber dem einzelnen Abgeordneten nicht so lebhaft vor Augen wie mir, der ich täglich damit zu tun habe.

Abg. **Gamp** (Rpt.) spricht sich gegen die Gewährung von Wartgeld an die Diener während der reichstagslosen Zeit aus. Mit der Gewährung von Diäten bin ich und ein Teil meiner Freunde nicht einverstanden, eine solche Verfassungsänderung müßte weitere Verfassungsänderungen provozieren. Je mehr Kandidaten vorhanden sind, desto weniger kommt der Wille des Volkes zum Ausdruck. So haben wir Konservativen für Herrn Schrader stimmen müssen. (Große Heiterkeit rechts.) Herr Dr. Paasche sprach davon, daß man seine Karriere dem Mandat opfere; häufig ist das Gegenteil der Fall. Nicht die Diätenlosigkeit, sondern die unfruchtbaren Debatten bewirken die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Angenehm kann es doch keinem von Ihnen sein, sich selbst Diäten zu bewilligen. (Oho! und Unruhe.)

Abg. Dr. **Wolff** (südd. Bauernbund) tritt für Anwesenheitsgelder ein. Jetzt würde den Süddeutschen die Mitarbeit erschwert.

Abg. **v. Normann** (kons.) verzichtet darauf, die Gründe darzulegen, die gegen die Gewährung von Diäten sprechen. Die Mehrheit seiner Partei sei gegen den Antrag, dagegen für Gewährung von Fahrkarten.

Abg. **Schrader** (freis. Vgg.): Der Diätenresolution stimmen wir selbstverständlich zu. Die sozialdemokratische Fraktion zahlt ihren Mitgliedern Parteidiäten. Würden Reichsdiäten eingeführt, so würden die sozialdemokratischen Abgeordneten unabhängiger von ihrer Fraktionsleitung werden; das könnte uns nur erwünscht sein. Warum fügt sich Graf Bülow nicht endlich den Wünschen des Reichstages? Im Abgeordnetenhause hat er doch jüngst seinen Konstitutionalismus gerühmt! Ist der Reichskanzler nicht ebenso konstitutionell wie der Herr Ministerpräsident? (Heiterkeit.) Redner bestreitet, seine Wahl der konservativen Partei zu schulden und lehnt jede Dankbarkeit ab.

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (fr. Vp.): Es ist geradezu widersinnig, daß wir uns noch immer mit dem Diätenantrag beschäftigen. Der sonst so liebenswürdige Graf Posadowsky schweigt heute ganz, er weiß schon, warum, Herr Gamp widerspricht den Diäten. Mag er sich doch vorher erst mit seinem Parteifreunde Kardorff auseinandersetzen, der in dem bekannten Briefe erklärt hat, er habe sich nur deshalb an industriellen Gründungen beteiligen müssen, um ohne Vermögensverlust seine parlamentarische Tätigkeit wahrnehmen zu können. Wir sind dem Bundesrat gleichgestellt und es entspricht nicht unserer Würde, bei ihm den Supplikanten zu spielen. Der Reichskanzler hat im Abgeordnetenhause erklärt, er wolle mit der Mehrheit zusammenarbeiten; warum denn immer im mittelalterlichen Abgeordnetenhause und nicht im Reichstag? Aber Graf Bülow ist kein Konsequenzenmacher. (Sehr gut!)

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Die Beleuchtung in den Schreibzimmern der Abgeordneten, die Zahl der Schreibtische wie der Sprechzimmer ist durchaus ungenügend.

Graf Posadowsky hat die Abgeordneten kürzlich aufgefordert, Beamtenwohnhäuser zu besichtigen. Warum werden nicht die alten Freikarten für die Abgeordneten wieder eingeführt. Unsere Agitationsreisen werden Sie durch ihre Verweigerung auch nicht verhindern.

Auf der Tribüne dieses Hauses hat das „Wolff'sche Telegraphen-Bureau“ einen 50-Pfennig-Bazar errichtet, indem es Berichte und Entrefilets über die Reichstagsverhandlungen von 50 Pfennig an, über Kommissionsberatungen schon für 25 Pfennig bis 1 Mark liefert. Es wäre ja an sich Sache der Presse, sich gegen solche Schmutzkonkurrenz zu wehren, wenn nicht das Wolff'sche Telegraphen-Bureau, das zur Regierung außerordentlich enge beziehungen unterhält, die Herren von der Regierungspartei und am allerspeziellsten Graf Bülow selbst immer mit der Gloriole des Siegers umgäbe. Das steht dann in allen Kreisblättern. Das steht dann auf dem Niveau der Verbreitung Bülow'scher Reden durch die Mittler'schen Hofbuchhandlungen und ähnlicher Dongquichoterien. Es ist nötig, daß das öffentlich gekennzeichnet wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Nur die verbündeten Regierungen, nicht Preußen, sind für die Beschlüsse des Bundesrats verantwortlich, der als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung auch in der Diätenfrage das Recht hat, Beschlüsse des Reichstags abzulehnen. Noch hat sich im Bundesrat eine sichere Mehrheit für die Einführung von Diäten nicht gefunden. Freikarten für Informationsreisen werden wir gern bewilligen.

Abg. **Dr. Spahn** (Zentr.): Die Diätenlosigkeit schadet nur den bürgerlichen Parteien. Die durch sie veranlaßten Doppelmandate wirken sehr ungünstig auf die Beschlußfähigkeit des Reichstags. Nur durch Preußens Stimme wird die notwendige Verfassungsänderung in Preußen verhindert; so schädigt Preußen geradezu das Reich. (Sehr richtig!) Im Reichstage selbst wünschen wie eine größere Zahl von Arbeitszimmern und eine bessere Besoldung der Unterbeamten, wenn es ihnen auch nicht allzu schlecht geht.

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): In der Diätenfrage handelt es sich um einen Kampf Preußens gegen das ganze übrige Reich und den Reichstag. (Sehr richtig! links.) Dabei fehlt es an jeder Konsequenz. Ich besitze noch die Aufforderung der Regierung, mir Diäten auszahlen zu lassen für meine Tätigkeit in der Zolltarifkommission. Wir haben das Geld nicht genommen, denn bei einer Gelegenheit, wo dem ganzen Volke Lasten auferlegt werden, dürfen nicht Vorteile herausspringen für den Einzelnen. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.) tritt für die Bewilligung der Diäten ein. Dafür müßte der Reichstag aber seine Geschäftsordnung dahin ändern, daß der einzelne Abgeordnete nicht mehr das Recht hat, die Beschlußfähigkeit des Hauses zu bezweifeln. Die geltende Bestimmung hat zum Terrorismus der Minorität geführt. (Lachen links.) Unnötig aber ist es, die Diäten mit einer Abänderung des Wahlrechts erkaufen zu wollen. Dagegen müßte im Sinne unseres Antrages für eine größere Sicherung des Wahlrechts vor Betrügereien, mehrfachem Wählen ꝛc. gesorgt werden, bevor von Diäten die Rede sein kann. (Sehr richtig! rechts.) Die Diäten würden der Sozialdemokratie bedeutend Abbruch tun. Es würden mehr Arbeiter und weniger Akademiker gewählt werden, und das wäre nur unser Vorteil. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Patzig** (natlib.): Wir haben heute vom Regierungstische eine Erklärung gehört, aus der das Wort herausklang: kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Aber mit kleinen Maßregeln ist hier nichts getan. Nur Diäten können bewirken, daß die Geschäfte des Hauses nicht stocken. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Dr. David** (Soz.): Die von den Diätengegnern vorgebrachten Gründe laufen darauf hinaus, daß die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten ein Privilegium des Besitzes sei. Wer sich die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten aus Mangel an Mitteln nicht leisten kann, dem raten Sie, den Weg des Herrn v. Kardorff zu gehen. Aber diese Verbindung von parlamentarischer Tätigkeit mit Aufsichtsratstätigkeit erregt die schwersten Bedenken, gegenüber denen, die gegen die Diäten vorgebrachten Bedenken federleicht wiegen. Dr. Arendt ist für Diäten, läßt aber im Hintergrund Kompensationen aufmarschieren. Für irgend welche Kompensationen, sei es Verschlechterung des Wahlrechts, sei es Verschlechterung der Geschäftsordnung, ist die Sozialdemokratie nicht zu haben, dafür wird sie keine Diäten eintauschen. (Lebh. Zust. b. d. Soziald.) Für Sicherungsmaßregeln gegen Verletzungen des Wahlgeheimnisses werden wir stets eintreten. Wenn es den Herren so lieb ist, daß weniger Akademiker und mehr Arbeiter in den Reichstag kommen, gut, **dann brauchen die Konservativen ja nur Landarbeiter und Industriearbeiter aufzustellen.** (Heiterk. b. d. Soz.) Schicken Sie uns nur Arbeiter, soviel Sie wollen, je mehr, desto lieber ist es uns. (Zust. b. d. Soz.) Die Regierung will die Diäten nicht. Es handelt sich um eine Machtfrage zwischen ihr und dem Reichstag. Wägen die Mehrheitsparteien doch einmal Ernst machen, sonst bleibt alles leeres Gerede! (Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Werner** (Antisemit): Wenn man uns fortgesetzt die Bezahlung für unsere Arbeit verweigert, können wir auch ja einmal dem Herrn Staatssekretär das Gehalt verweigern.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Nationalliberalen wird, soweit sie freie Fahrt auf den Eisenbahnen im ganzen Reich während der Session und acht Tage vor und nach jeder Session fordert, einstimmig, soweit sie Diäten verlangt, gegen die Stimmen der Mehrheit der Konservativen und der Minderheit der Reichspartei angenommen.

Der Etat des Reichstags wird bewilligt.

Es folgt der

Etat des Reichsamts des Innern.

Bei Titel 1 „Staatssekretär“ soll sich auf Vorschlag des Präsidenten die Generaldebatte auf alle Fragen erstrecken, die in den zahlreich vorliegenden Resolutionen nicht berührt werden. Nachher sollen diese Resolutionen in Gruppen vereinigt zur Debatte gestellt werden.

Abg. **Trimborn** (Zentrum):

Auch das vergangene Jahr war reich an sozialpolitischen Maßnahmen. Aus den Versicherungsgesetzen sind im Jahre 1903 434 Millionen gezahlt worden, 1,200,000 Mk. täglich. Davon haben die Arbeiter 182 Mill., das Reich und die Unternehmer 252 Mill. Mk aufgebracht. Wir sehen in diesen Zuwendungen nicht Wohltaten für die Arbeiter, sondern die Erfüllung ihrer naturrechtlichen Ansprüche. Besonders wichtig war die Verabschiedung der Novelle zum Krankenkassen-Gesetze. Leider ist dem Reichstag dabei ein Versehen passiert, das die Gewährung der Wöchnerinnenunterstützung an die Ehefrauen von Kassenmitgliedern unmöglich macht. Das muß ausgebessert werden. Dringend erforderlich ist die gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Aerzten. In Köln ist ein sehr bedauernswerter Streik der Aerzte ausgebrochen; ähnliches steht in Leipzig bevor. Wir können nur beiden Teilen zum Frieden raten. Uns erscheint die freie Arztwahl als das erstrebenswerte Ideal unter der Voraussetzung einer scharfen Kontrolle der Aerzte durch die Aerzte selbst und der Schaffung einer Verständigungskommission zwischen Aerzten und Kassen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Kassen die Aerzte nach ihrer Tüchtigkeit und nicht nach ihrer Parteiangehörigkeit auswählen. Wie steht es mit der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter? Die Lösung der Frage ob sich die drei Versicherungsgesetze nicht zusammenlegen lassen, kann nur angebahnt werden durch die Schaffung einer lokalen Anstalt, von der aus die Geschäfte der drei Versicherungen besorgt werden. Ein Gesetz größeren Stils ist das Kinderschutzgesetz. Damit sind wir allen anderen Nationen vorangeschritten. — Wie steht es mit der Zusammenstellung aller gesundheitsschädlichen Betriebe und der dafür erlassenen Schutzvorschriften? Möge der Bundesrat noch intensiver sein Verordnungsrecht zu Gunsten der Arbeiter anwenden.

Im Jahre 1903 ist nichts erreicht worden für den Ausbau des Koalitionsrechtes, für ein freiheitliches Vereinsrecht, und für die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und für die Errichtung von Arbeiterkammern. Ueber den Streik in Crimmitschau kann man jetzt um so ruhiger reden, als er beendet ist. Dieser Streik hat die Frage des Zehnstundentages in grelle Beleuchtung gerückt. Die Frage muß einheitlich geregelt werden, haben doch die Industriellen dort den Zehnstundentag der Konkurrenz wegen abgelehnt. Wäre auch nur nach unserem Antrag der zehnstündige Maximalarbeitstag für Arbeiterinnen statt des elfstündigen durchgeführt gewesen, so hätte uns das die Kalamität des Crimmitschauer Streiks erspart. Unsere Eindrücke von diesem Streik sind folgende: Wenn auch Ausschreitungen auf Seiten der Arbeiter vorgekommen sind, so doch nicht solche, daß sich das absolute Versammlungsverbot rechtfertigen läßt (Hört! hört! b. d. Soz.) Auch nach dem Sieg der Arbeitgeber bleibt für uns der peinliche Eindruck bestehen, daß die Arbeitgeber schiedsrichterliche Verhandlungen abgelehnt haben, während die Arbeiter stets dazu bereit waren. Das Nichtvorhandensein von Arbeitskammern hat sich als ein besonderer Mangel erwiesen. Auch bei diesem Streik ist Sozialpolitik und Gewerkschaftspolitik mißbraucht worden durch Verquickung mit der sozialdemokratischen Partei. Statt ruhig und einsichtig auf gewerkschaftlichem Boden zu bleiben, gestaltete man den Streik immer mehr zu einer Machtprobe der Sozialdemokratie. (Lebh. Zustimmung im Zentrum und rechts. Laute Rufe: Nein! bei den Soz.) Die Reaktion ist denn auch nicht ausgeblieben, sie bestand in einer Verbrüderung der Arbeitgeber, wie wir sie so geschlossen noch nie erlebt haben. Es ist bedauerlich, daß die Regierung nicht mit einem sozialpolitischen Programm in die Wahlen eingetreten ist. Die Wahlen haben ein starkes Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen ergeben trotz aller sozialpolitischen Maßnahmen. Die Scharfmacher folgern daraus die Notwendigkeit, die bisherige Sozialpolitik aufzugeben und verlangen Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie. Demgegenüber freuen wir uns über die feierliche Zusage der Thronrede, daß die Sozialpolitik im

Der Brand der Stadt Aalesund.

Alle öffentlichen Gebäude sind dem Brande zum Opfer gefallen, so zwei Kirchen, ein Bethaus, ein Missionshaus, die Gebäude der Temperenzlervereinigung, das Jünglingsvereinshaus, alle Banken, das Amtmannshaus, die Bürgermeisterei, das Polizeigebäude, das Gefängnis, beide Apotheken, das Zollamt, die große Volksschule und das Feuerwehrgebäude. Nicht zerstört sind das Zollwachthaus, die Expeditionspackhäuser, sowie die kleinste Volksschule, einige Privathäuser und ein Teil der von Arbeitern und Fischern bewohnten Häuser. Auf der Insel Bubolmen stehen noch 10 Privathäuser, 4 Fabriken und einige Packhäuser.

Feuerfunken, groß wie eine Männerfaust, flogen umher und zündeten gleichzeitig an vielen Stellen der Stadt. Die Dampfspritze, welche auf einem Dampfer aufgestellt war, wurde vom Feuer vernichtet. Das Telegraphenamt mußte zwei Mal an einem anderen Ort errichtet werden. Während des Brandes flüchteten die Telegraphenbeamten von Ort zu Ort, unaufhörlich vom Feuer gejagt. Von kleineren Fahrzeugen im Hafen weiß man mit Sicherheit, daß zwei kleinere Dampfer verbrannt sind. Ferner hat man 23 Fischerfahrzeuge versenken müssen, um sie zu retten.

Die Verteilung von Lebensmitteln am Kai ging bei gewaltigem Andrang vor sich. Es fehlt allen Gesellschaftsklassen an Lebensmitteln. Montag wird man bereits warme Kleidung austeilen können. Die Hilfsangebote werden mit dankbarer Begeisterung aufgenommen. Während der Auswanderung aus der Stadt kamen mehrere Personen zu Schaden. Einige Kranke wurden von Schlaganfällen betroffen und starben. Dicker, übelriechender Rauch hüllt die Brandstätte ein.

Der nach Aalesund bestimmte Dampfer „Phönicia“ war, wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, heute Nacht wegen Nebels auf der Unterelbe liegen geblieben und traf erst Vormittags 11 Uhr in Kuxhaven ein.

Von Florö, Stavanger, Bergen und Christiansund sind noch Sonnabend Abend Dampfer mit Lebensmitteln, Kleidern usw. nach Aalesund abgegangen. In Molde waren umfassende Vorbereitungen getroffen, um etwa tausend der Abgebrannten aufnehmen zu können, welche mit dem regelmäßig verkehrenden Dampfer eintreffen sollten. Die Abgebrannten waren aber durch das Feuer vom Dampfschiffskai abgeschnitten gewesen und hatten den Dampfer nicht erreichen können. Der Dampfer soll nun aufs neue versuchen, sie abzuholen. Von Christiansund sind Sonntag Morgen drei Dampfer nach Aalesund mit Lebensmitteln und Kleidern abgegangen. In der Nacht war der Sturm noch heftig, erst Morgens schwächte er sich etwas ab. Eine Hilfsexpedition ist über Batenfjorden glücklich angelangt. Der Weg über die Fjelle mußte teils zu Wagen, teils zu Schlitten zurückgelegt worden. Die Landbevölkerung ist überaus hilfsbereit.

Aalesund liegt etwa 62 Gr. 30 Min. nördlicher Breite auf kleinen Inseln rings um den geräumigen, durch einen Damm geschützten Hafen. Es ist der Sitz eines deutschen Vizekonsuls sowie der kaufmännische Stapelplatz für den Storfjord und hat etwa 12,000 Einwohner. Die fleißige Bevölkerung betreibt einen lohnenden Dorschfang, jährlich werden etwa 5 bis 6 Millionen Dorsche gefangen und abgesetzt, auch blüht der Handel mit anderen Fischen und daneben mit Tierhäuten.

Aus aller Welt.

Nach Südamerika verschleppt. Böse Erfahrungen auf der Bühne machten zwei junge Berlinerinnen, die soeben über ihre Abenteuer dem deutschen Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels eine Schilderung gaben. Die beiden Mädchen, die in einem Alter von 17 und 19 Jahren stehen, waren von einem Agenten für drei Monate als Artistinnen für eine Vorstellungsserie in Buenos-Aires engagiert worden, und zwar als Akrobatinnen, obwohl sie noch niemals derartige künstlerische Talente entwickelt hatten. Durch rosige Schilderungen verleitet, gingen beide mit ihrem Verführer heimlich davon; einige notwendige artistische Handgriffe für die Bühne erlernten sie während der Ueberfahrt nach Argentinien, wo sie denn auch bei Schaustellungen niedrigster Art mitwirkten. Das Gehalt blieb natürlich weit hinter den gehegten Erwartungen zurück, und als die drei Monate vorüber waren, besaßen die Unglücklichen nicht die geringsten Mittel. Der Agent M. aber ließ die Mädchen sitzen und stellte es ihnen anheim, sich ihren Unterhalt in gewisser Weise zu verdienen. Nach wochenlangem abenteuerlichen Leben voll Hunger und Entbehrungen hatten die Aermsten so viel erspart, daß sie die Ueberfahrt nach England zu zahlen vermochten, und ohne einen Pfennig Geld langten sie in London an. Das dortige Nationalkomitee nahm sich der Verführten an und gab ihnen die notwendigen Mittel zur Weiterreise nach Berlin. Die Berliner Kriminalpolizei hat sich bisher vergeblich bemüht, den gewissenlosen Agenten zu ermitteln; M., der kürzlich in Berlin gewesen sein soll, scheint nach der Rückkehr seiner Opfer sofort die Flucht ergriffen zu haben.

Löwe und Tiger. Die Möglichkeit einer Paarung zwischen Löwe und Tiger wurde noch vor wenigen Jahren bestritten. Da schlossen bei einer Hagenbeckschen Gruppe von Löwen und Tigern der Löwe „Milan“ und die Tigerin „Betty“ ein Herzensbündnis. Aus dieser „Ehe“ entsprossen vier Junge, die sich prächtig entwickelten. Seitdem sind mehrere derartige Paarungen beobachtet worden, aber die Jungen kamen entweder tot zur Welt oder lebten nur kurze Zeit. Ein fünf Wochen altes totes Tier, das die Eigentümlichkeiten von Tiger und Löwe deutlich aufweist, befindet sich im Besitze des Prof. Dr. Schmaltz, der an der Berliner tierärztlichen Hochschule Anatomie lehrt. Dieses stammt aus dem Besitze des Tierbändigers Samade. Die bengalische Königstigerin „Venus“, die zu der von Samade vorgeführten Raubtiergruppe gehört, zeigte Zuneigung zu einem Senegallöwen. Am Mittwoch verrichtete sie im Zirkus noch emsig ihre „Arbeit“, am Donnerstag zog sie sich zurück, kurz vor der Vorstellung. Nach genauer Zeit erfolgte die Geburt eines toten Jungen. Die Tigerin gähnte beständig. Diese günstige Gelegenheit benutzte der Arzt, um ihr Kognak in den Rachen einzuspritzen. Diese Einspritzungen verfehlten ihre belebenden Wirkungen nicht. Das Tier kam wieder zu Kräften und brachte nun das zweite Junge lebend zur Welt, das dritte war tot. Der ganze Vorgang hatte sieben Stunden gewährt. Die Wöchnerin befindet sich wohl und behütet das kaum acht Zoll lange Junge sehr sorgsam.

Ein lenkbares Luftschiff will mehreren Blättern zufolge ein italienischer Hauptmann Frassinetti in Verona erfunden haben. Er hat es den Behörden von Mailand vorgeführt, und das Modell soll derartig funktioniert haben, daß sich bald eine Gesellschaft von Kapitalisten zur Ausführung desselben gebildet hat.

Der Schoner „Augusta“ soll nach einem New-Yorker Telegramm der „Frankf. Ztg.“ im Nebel an der Küste von Long Island gestrandet sein. 18 Personen seien dabei ertrunken.

Auf der Flucht verunglückt. Der Kreisausschußsekretär Pünger in Bersenbrück sollte sich in Begleitung des Landrats Dr. Klauser wegen Unregelmäßigkeiten im Amte und Unterschlagungen dem Gericht stellen. Unterwegs flüchtete Pünger und sprang in die Hase. Der Landrat sprang, um ihn zu retten, hinterher. Während Pünger ertrank, wurde der auch in Lebensgefahr schwebende Landrat durch hinzugekommene Personen gerettet.

Ein Entrüsteter. Geehrtes Fräulein! Ich möchte darum sehr bitten, daß sie meine Tochter Else nicht mehr damit belästigen, denn mein Kind hat keine Ungeziefer, denn sie belästigen nicht nur mein Kind, sondern die Eltern mit, denn sie ist kein Bettelmädchen, daß sie bisher Ungeziefer hat, denn wir haben dazu nicht nötig, Ungeziefer zu füttern. Ich habe bei mir zu wohnen, einen Rittmeister u. einen Dr. u. wenn wir Ungeziefer haben, möchten solche Leute nicht bei uns wohnen. Voriges Jahr, daß streit ich nicht ab, hat sie welche aus der Schule mitgebracht, aber jetzt, Gott sei Dank, ist sie rein. Und wenn sie bei einem Ungeziefer, meinem Kinde, ein Ungeziefer finden, so bitte ich, schicken sie mir nach Haus, so zahl ich für jeden bar 20 Mark. Wenn sie so viel haben sollte, daß sie auf eine Extrabank sitzt, so können sie dadurch sehr reich werden. Aber das Glück werden sie nicht haben, daß sie bei meinem Kinde nur eins finden. Deren möchte ich bitten, sich um die anderen Kinder zu bekümmern, die vielleicht Ungeziefer haben. Und so bitte ich, mein Kind nicht mehr zu belästigen, sonst werde ich mein Recht weiter suchen.

Hochachtungs

X. X.

Sinne der Februar-Erlasse weitergeführt werden soll. Mögen die gestrengen Scharfmacher uns jeden Nachfrost ersparen. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter muß bis zur allgemeinen Revision des Krankenversicherungsgesetzes vertagt werden. Jetzt bestehen Differenzen zwischen dem preußischen Handelsminister und dem Reichsamt über die Frage, bei welcher Klasse die Hausindustriellen zu versichern sind. Vorbedingung für die Zusammenlegung der drei Versicherungen ist ein eigener selbständiger Unterbau. Die Erreichung dieses Zieles liegt noch recht fern. Vorher muß auch entschieden werden, ob die Krankenversicherung auch auf Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt werden soll und ob und in welchem Umfange die Witwenversicherung durchgeführt werden soll. Erst müssen wir also einen Abschluß haben, bevor wir einen einheitlichen Rahmen schaffen können. Was die Enquete über die Handwerker-Organisationen anlangt, so habe ich bereits die Fragebogen für freie Innungen, Zwangsinnungen und Innungsverbände aufgestellt. Ich wollte die Fragebogen eben jetzt herausschicken, aber der Reichsschatzsekretär hat gemeint, daß bei den sehr erheblichen Kosten die Enquete noch um ein Jahr verschoben werden könne. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Was den Arbeiterschutz in der Hausindustrie anlangt, so wird der Entwurf für die Zigarren-Industrie in nächster Zeit dem Bundesrat zugehen. Der Gedanke, ein Verzeichnis der gesundheitsgefährlichen Industrien herauszugeben, ist auf Bedenken gestoßen; dagegen wollen wir ein Verzeichnis der Arbeiten aufstellen, die Frauen und Jugendlichen wegen ihrer Gefährlichkeit nicht zugemutet sein sollen.

Abg. **Fischer**-Berlin (Sozialdemokrat):

Herr Trimborn warf uns nörgelnde Kritik vor, dann aber hat er die Vereinigung der drei großen Versicherungszweige vorgeschlagen. Das ist auch so ein krittelnder Vorschlag. (Sehr richtig! links. Sehr unrichtig! im Zentrum.) Wenn man die Rede des Herrn Trimborn hörte, müßte man glauben, wir lebten in einem herrlichen Zeitalter der Sozialreform und zählt man die Millionen zusammen, die für Arbeiterversicherung ausgegeben werden, so nimmt es sich ja sehr großartig aus. Wenn man es aber in Einzelleistungen zerlegt und diese an der Leistungsfähigkeit des Unternehmertums mißt, so stellt es sich ganz anders dar, und das Drei- und Vierfache davon haben Sie erst kürzlich jeder Arbeiterfamilie als Mehrleistung durch den Zolltarif auferlegt. Die Versicherungsgesetzgebung ist nichts weiter als eine Abwälzung der Armenlasten. Rechnet das Zentrum wirklich darauf, daß die Regierung seine Resolutionen erfüllen wird?

Unsere Sozialpolitik geht einen Schneckengang.

Graf Posadowsky hat eine gewisse Schonzeit für das Unternehmertum, einen gewissen Stillstand in der Sozialreform gefordert. Dasselbe hat Minister Brefeld getan und Handelsminister Möller. Wie können Sie (zum Zentrum) erwarten, daß wir Ihre Resolutionen ernst nehmen sollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn es Ihnen ernst wäre, hätten Sie Ihren sozialpolitischen Absichten ja die Form von Initiativanträgen geben können. Sie sind die ausschlaggebende Partei und

können Ihren Willen durchsetzen.

Warum legen Sie auf diese sozialpolitischen Anträge nicht denselben Nachdruck wie auf die Durchpeitschung des Zolltarifs? (Große Unruhe im Zentrum.) Dann wäre im Reichsamt des Innern der Zentralverband der Industriellen nicht mächtiger als Sie. Und werden Sie den Etat ablehnen, wenn die Regierung Ihren Anträgen nicht stattgibt? Nein! (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

In den Gewerbe-Inspektions-Berichten

ist von Jahr zu Jahr ein, wenn auch sehr langsamer Fortschritt zu verzeichnen. So fehlen in den neuen Berichten die gehässigen Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, und die Bedeutung der Arbeiterorganisation wird besonders von den mittel- und süddeutschen Gewerbe-Inspektoren anerkannt. Aber noch viel mehr als bisher müssen die Gewerbeinspektoren sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen, zumal die Arbeiter vielfach ihre Existenz riskieren, wenn sie sich bei den Gewerbe-Inspektoren direkt beschweren. Man muß hieraus jedoch mehr den Behörden als den Inspektoren einen Vorwurf machen. Ein Gewerbe-Inspektor wurde strafversetzt, nur weil er seine Sprechstunde in einem sozialdemokratischen Organ angezeigt hatte. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Gewerbe-Inspektoren sind viel zu sehr mit formalen Geschäften überlastet, auch viel zu wenig zahlreich. Nur 41 Prozent aller Betriebe wurden überhaupt revidiert. In den Gewerbe-Inspektionsberichten wird zwar über die Sittlichkeit der Arbeiter und über allerlei Wohlfahrts-Einrichtungen wie Verleihung von Orden x. berichtet, aber über sozial so bedeutsame Tatsachen, wie die großartigen Leistungen der

gewerkschaftlichen Organisationen,

die jährlich für Arbeitslosen-Unterstützung, Reise-Unterstützung, Rechtsschutz ihrer Mitglieder Millionen ausgeben, findet sich in den Berichten kein Wort. Dürfen etwa die Berichte darüber nichts enthalten, weil man die Mißgunst des Zentralverbandes der Industriellen fürchtet? Dabei ist es doch eine Binsenwahrheit, daß unsere ganze Sozialgesetzgebung erst erzwungen worden ist, durch die gewerkschaftliche und politische moderne Arbeiterbewegung. Viel wertvoller als die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung ist für die Arbeiter ein wirkliches Koalitions- und freies Vereins- und Versammlungsrecht. Graf Posadowsky meinte, die Arbeiter würden sozialpolitisch in Deutschland mehr erreichen, wenn sie nicht republikanisch, sondern monarchisch gesinnt seien. **Woran liegt es denn aber,**

daß die deutschen Arbeiter so wenig monarchisch gesinnt sind?

Sind nicht alle Verwaltungs- und Polizeimaßregeln, alle Justizurteile gegen die Arbeiter in den letzten Jahrzehnten im Namen des Königs ergangen? Hat man nicht die Koalitionen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse stets bekämpft, unter dem Sozialistengesetz ihre Organisationen zertrümmert, ihre Presse unterdrückt? Glauben Sie, daß das Alles aus dem Bewußtsein der Arbeiter ausgelöscht ist? Die Februarerlasse waren nur ein kurzer Traum, keine ihrer Versprechungen ist bisher erfüllt, nicht einmal in den Staatsbetrieben, die nach ihnen Musterbetriebe sein sollen. Ein Jahr nach den Februarerlassen brachte dieselbe Regierung ein Arbeiterschutzgesetz ein, so reaktionär, daß selbst Unternehmer dagegen stimmten. Graf Mirbach, der Oberhofmeister der Kaiserin, der bei Sozialdemokraten und Juden betteln ging,

sprach von „sozialdemokratischen Rhinozerossen“,

ein Oberhofprediger von der „Bestie, der man den Fuß auf den Nacken setzen müsse.“ (Große Unruhe.) In Crimmitschau sind die Pastoren hinter der Gendarmerie hermarschiert, um ihr Sprüchlein herzusagen gegen die Arbeiter! (Hört! hört! b. d. Soz.) Es hat in der Weltgeschichte keine Infamie gegeben, über die nicht ein Pfaffe seinen Segen gesprochen hätte! (Lebh. Zust. b. d. Soz., erneute gr. Unruhe.) Warum fragt der Staatssekretär nicht auch die Junker und Unternehmer nach ihrer monarchischen Gesinnung? Immer nur den Sozialdemokraten wird zugerufen: „Ihr seid nicht gesinnungstüchtig, darum hungert und entbehrt!“ Soll ich noch an die Klassenurteile erinnern, an die künstliche Auslegung des Erpressungsparagraphen gegen Arbeiter,

an Löbtau und Breslau?

Aber das alles ist die Erfüllung des Programms des preußischen Justizministers: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!“ (Lärm b. d. Mehrheit, Beifall b. d. Soz.)

In Crimmitschau

hat sich die sächsische Regierung natürlich ohne Weiteres auf die Seite der Unternehmer gestellt, und nicht nur das: **sie hat die Arbeiter im Namen des Königs an der Ausübung ihrer Grundrechte verhindert.** Es ist nicht wahr, daß die „öffentliche Ruhe und Ordnung“ die Verhängung des Belagerungszustandes in Crimmitschau notwendig gemacht hätte! Graf Posadowsky meinte, in Monarchien erreichten die Arbeiter mehr als in Republiken. Ist etwa in Australien, in Amerika, in der Schweiz weniger für die Arbeiter getan worden als bei uns? Auch in Bezug auf politische Freiheit stehen alle Republiken Deutschland voran und Preußen an letzter Stelle.

Herr Trimborn hat mit keinem Worte bewiesen, daß die Sozialdemokratie im Crimmitschauer Streik das parteipolitische Interesse in den Vordergrund gehoben habe. Die sächsische Regierung stellte die Frage so:

„hie Unternehmer und Polizei, hie Arbeiter!“

Wir hätten uns vor der ganzen Welt schämen müssen, wenn wir da nicht Partei für die Arbeiter ergriffen hätten. Jetzt, nach ihrem Siege, halten die edlen, hochherzigen sächsischen Arbeitgeber natürlich fürchterliche Musterung unter den Besiegten. (Große Unruhe.) Hätten wir den Zehnstundentag gehabt, so wäre dieser Kampf vermieden worden. Die Arbeiter handelten nur pflichtgemäß, als sie in den Kampf zogen, sobald ihre Kassen gefüllt waren. Tausende neuer Anhänger sind der Sozialdemokratie durch diesen Kampf gewonnen worden! Der Standpunkt, daß das Unternehmertum „Herr im Hause sein soll“, wird selbst von der „Germania“ nicht mehr aufrecht erhalten. Der Unternehmer soll nicht „Herr im Hause“ sein! (Stürmischer Widerspruch rechts.) Dieser Herrenstandpunkt muß eingeschränkt werden! (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Gegen die rücksichtslose Ausbeutung lehnen die Arbeiter sich mit Recht auf. Aber wir stellen nicht die Machtfrage. Wir sind gegenüber der heutigen Gesellschaft die wirtschaftlich Schwächeren, und gerade deshalb fürchten Sie unsere **3 Millionen Stimmen!** Das Unternehmertum ist es, das die Machtfrage stellt; so stellte der Norddeutsche Lloyd das unverschämte, gesetzwidrige Verlangen, die Arbeiter sollten aus der Organisation austreten! In Iserlohn, Pirmasens, Crimmitschau — überall **Machtproben des Unternehmertums** und überall die Polizei auf seiner Seite!

Zeigen Sie mir den Paragraphen der Gewerbeordnung, der gegen die Unternehmer so ausgenutzt worden ist, wie der § 153 gegen die Arbeiter. Sie werden die Arbeiter niemals zur Ueberzeugung bringen, daß Sie ihre wahren Vertreter sind. Wenn Sie sich auch hinter den Terrorismus verschanzen, so fürchten Sie doch nur das Erwachen der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird uns immer als das vorantreibende Element ansehen und wir werden sie weiter treiben, viel weiter als Sie wollen. (Stürmischer Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Herr Fischer hat den Ausspruch des Herrn v. Mirbach erwähnt. Ich halte es nicht für richtig, unkontrollierbare Aeußerungen eines Mannes zu kolportieren, der nicht Mitglied dieses Hauses und auch nicht öffentlicher Beamter ist. — Wenn die Arbeiter ihr Bestreben darauf richten, ihre äußere Lage zu verbessern, so kann ihnen das kein Mensch in Deutschland verdenken! (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Sowie das Kapital sich in Syndikaten zusammenschließt, kann man auch den Arbeitern einen Zusammenschluß zu wirtschaftlichen Zwecken nicht verdenken. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Crimmitschau!) Die Sozialdemokratie aber wünscht das Kollektiveigentum, die Herrschaft des Proletariats. Die Masse kann nie regieren, weil sie nicht regierungsfähig ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Wo sie vorübergehend herrschte, war es mit entsetzlichen Greueln verknüpft. In einem geordneten Staatswesen müssen gewiß alle Bürger gleichberechtigt sein, aber die Regierung wird immer einen aristokratischen Charakter haben. Wenn Sie heute den Zukunftsstaat einrichten, werden morgen die Aristokraten das Heft in Händen haben. Wo hat die Geldaristokratie größeren Einfluß als in einer Republik, wo alle Minister über den Versuch der Einführung einer Einkommensteuer stürzen!

Gerade die Ausschreitungen der Geldaristokratie können in einer Monarchie am besten bekämpft werden. Was die kaiserlichen Erlasse angeht, so müssen Sie zugeben, daß dieselben ergangen sind, als die Sozialdemokratie noch keinen wesentlichen Einfluß hatte und daß sie den Ausgangspunkt der gesammten sozialpolitischen Gesetzgebung bilden.

Daß in Crimmitschau einzelne polizeiliche Mißgriffe vorgekommen sein mögen, will ich zugeben, aber die öffentliche Ordnung muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Ueber die Arbeitszeit der Frauen finden jetzt gewissenhafte Prüfungen statt. Es wird Ihnen darüber eine Denkschrift zugehen. In ihrer Stellung zu dieser ernsten Frage wird sich die Regierung durch den Crimmitschauer Streik nicht beeinflussen lassen (Beifall).

Sächs. Bevollmächtigter Geh. Rat **Fischer** erklärt, später vielleicht bei Beratung der Anträge über den Normalarbeitstag auf die Ausführungen des Abg. Fischer über den Crimmitschauer Streik zurückzukommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

---

3. Allgemeiner Kongreß der Krankenkassen Deutschlands.

Leipzig, den 25. Januar.

Der 3. Krankenkassentag wurde heute Morgen 10 Uhr durch **Simanowski**-Berlin eröffnet.

Der einzige Punkt der Tagesordnung lautet: **Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Aerzteschaft.**

Die Zahl der anwesenden Delegierten beträgt ca. 900. Der große Saal des „Sanssouci“ ist dicht besetzt.

Baumeister **Rost** begrüßt den Kongreß im Namen der Leipziger Ortskrankenkassen, indem er auf die besondere Bedeutung gerade dieses Kongresses hinweist. Speziell die Leipziger Krankenkassen stehen in der jetzigen Bewegung mitten drin.

Simanowski teilt mit, daß Einladungen ergangen sind an das Reichsamt des Innern, den preußischen Minister des Handels, die Fraktionen des Reichstages, das sächsische Ministerium, die Leipziger Stadtbehörden. Das Reichsamt des Innern, der preußische Eisenbahnminister, der Präsident des Reichstages sowie der Präsident des Reichsversicherungsamtes lehnen in einem Schreiben ab, Vertreter zu entsenden, versichern aber ihr großes Interesse an den Verhandlungen. Vertreten sind die Kreishauptmannschaft Leipzig und der Rat der Stadt Leipzig durch besondere Kommissare. Von den Reichstagsfraktionen ist die sozialdemokratische durch den Abgeordneten **Molkenbuhr**, die Generalkommission durch **Umbreit** vertreten. Herr Regierungsassessor **Brach** begrüßt den Kongreß im Namen seiner Behörde, sowie im Namen des sächsischen Ministeriums und spricht die Hoffnung aus, daß der Kongreß zur Beseitigung der entstandenen Differenzen zwischen Kassen und Aerzten beitragen möchten.

Der Abgeordnete **Fräßdorf** betont in seiner Begrüßungsrede, daß die Parole des Kongresses nicht sein dürfte: „Krieg den Aerzten, sondern Schutz den Krankenkassen.“

Der Referent **Kohn**-Berlin unterbreitet dem Kongreß eine Resolution. Zur Begründung derselben führt er etwa folgendes aus: Die Erwartungen der Aerzte, daß hier auf dem Kongresse viel auf dieselben geschimpft werden würde, werden nicht eintreffen. Nicht um ihren Groll auszulassen, seien die Vertreter der Kassen zusammengekommen, sondern um im Interesse der Kassen zu wirken. In längeren Ausführungen legt er dar, daß an der Misere nicht die Krankenkassen schuld seien, sondern die Ueberproduktion von Aerzten. Es seien nicht zu viel Aerzte, sondern zu wenig Gelegenheit für Betätigung der Krankenpflege; diese müsse weiter ausgestaltet werden. Er weist den Versuch der Aerzte zurück, die Streitfrage auf das politische Gebiet hinüber zu spielen. Die Schulärzte, die Kommunalärzte u. s. w. seien viel schlechter bezahlt als die der Krankenkassen. Dort aber würden gleiche Forderungen nicht gestellt wie bei den Krankenkassen, dort mache man höchstens eine Faust in der Tasche. Gegenüber den Krankenkassen spielen sich die Aerzte als Gewerkschaft auf, als die ausgebeuteten Proletarier gegenüber den Kassenmitgliedern, den brutalen Arbeitgebern und Ausbeutern. Beides treffe nicht zu. Die Krankenkassen seien keine auf Gewinn abzielende kapitalistische Unternehmen, sondern gemeinnützige Betriebe zu Gunsten der Aermsten, der Kranken. Redner geht die vornehmlichsten Vorwürfe der Aerzte gegen die Leitungen der Kassen der Reihe nach durch und weist dieselben unter Beibringung reichhaltigen Materials zurück. Viele einsichtsvolle Aerzte, wie z. B. Herr Dr. Pfeifer bezeichnen selbst die Einführungen der staatlichen Minimaltaxe als ruinös für die Kassen. Auch die Aerzte seien Menschen und bei Bezahlung der Einzelleistung würden sicher in vielen Fällen die Zahl dieser Einzelleistungen und damit die Ausgaben der Kassen in hohem Maße steigen: niemand könne kontrollieren, ob nicht der Arzt mehr Konsultationen erteilt habe, als nach Lage der Krankheit notwendig war. Die Honorierung der Aerzte sei in den letzten Jahren seitens der Aerzte erheblich gesteigert worden. Eine gute Bezahlung der Aerzte sei erforderlich, aber alles müsse seine Grenzen haben. Bei Erhöhung der Beiträge habe man auch mit den Arbeitgebern zu rechnen, die bei stärkerer Belastung immer mehr dazu übergehen, Betriebs- und Innungskassen zu gründen. So hätten sich die letzteren in wenigen Jahren um 168 Prozent vermehrt. Redner empfiehlt die einstimmige Annahme seiner Resolution.

In der Diskussion spricht **Glagau**-Breslau. In einem Breslauer Krankenkassen-Verband sei auf Anraten des Vorsitzenden die freie Arztwahl eingeführt, nach kurzer Zeit aber habe sich herausgestellt, daß dies ein Mißgriff war. Redner verliest das Zirkular eines Arztes an dessen Kollegen, in welchem diese aufgefordert werden, die Kranken möglichst schnell aus der Behandlung zu entlassen, damit die Sache nicht zu teuer würde. Das geschehe wohl, um das freie Arztwahl-System namentlich jetzt nicht zu kompromittieren. Im Ganzen seien die Aerzte zufrieden, nur die jungen Aerzte, die noch keine Praxis haben, drängen zur unbedingten freien Arztwahl.

Gräf-Frankfurt betont das freie Selbstbestimmungsrecht der Kassen. Wenn in einzelnen Städten die freie Arztwahl eingeführt sei, so haben die Aerzte kein Recht, dies überall zu verlangen. Nur wenn die Krankenkasse kapitalkräftig sei, könne diese befürwortet werden. In Frankfurt a. M. sei die freie Arztwahl eingeführt, aber er könne derselben kein langes Leben mehr prophezeien. Er gebe heute gewissermaßen eine Idee preis, für die er eingetreten. Die Erfahrungen in Frankfurt sprächen nicht dafür. In einem Jahre starker wirtschaftlicher Depression, in dem die Frankfurter Krankenkasse ein Defizit von 82,000 Mark gemacht habe, haben sich die Aerzte nicht gescheut, Mehrforderungen zu stellen. Unter der freien Arztwahl erkennen diese nicht mehr die Kassen-Vorstände, welche doch für die ordnungsgemäße Verwaltung der Kassen verantwortlich sind, als maßgebend für sie an, sondern nur noch die ärztlichen Standesvereine. Redner wendet sich gegen die Einmischung der Behörden in den Kampf zwischen Aerzte und Krankenkassen. Wenn Herr Bülow im Reichstage von Terrorismus der Krankenkassen-Vorstände spreche, so sei er schlecht unterrichtet.

Braun-Königsberg wünscht die Resolution dahin geändert, daß der Kongreß sich prinzipiell gegen die freie Arztwahl aussprechen möge.

Engel-Dresden widerspricht dieser Auffassung. Er ist zwar gegen die freie Arztwahl, will es aber doch den einzelnen Kassen überlassen wissen. In kleinen Orten sei die Einführung der freien Arztwahl angängig, den Staatsanwalt wollten die Kassen nicht zu Hilfe rufen; die Behörden sollten sich neutral halten. Die Hauptsache sei, eine starke Organisation der Kassen zu schaffen. Die Aerzte seien für Stiften für möglichste Zersplitterung des Kassenwesens; mit kleineren Kassen würden sie eher fertig.

Nachmittags-Sitzung.

Koblenzer-Berlin spricht sich für die beschränkte freie Arztwahl aus.

Hoch-Hanau beantragt am Schlusse der Zeile 2 der Resolution „zum Teil“ einzuschalten und hinter dem ersten Satze die Worte „die nach den besonderen Verhältnissen der betr. Kassen in praktischer Weise zu regeln sind.

Fischer-Weimar beantragt eine Resolution, in der die Abschließung von Verträgen mit den Aerztevereinen empfohlen wird, damit eine gemeinsame Kontrolle über die überflüssigen Ausgaben geübt werden könne, die dem Konkurrenzkampfe der Aerzte entspringen. Ferner wird in dieser Resolution die Einsetzung gemischter Kommissionen zur Regelung entstehender Differenzen beantragt. Diese Regelung findet nicht die genügende Unterstützung. (Bravo.)

Sydow-Berlin polemisiert gegen die Artikel des Dr. Freudenberg in der „Medizinischen Reform“ Kunstädt-Hannover. In Besprechungen von Krankenkassenvorständen mit Aerzten sei von diesen gesagt worden, daß sie mit ihren Verhältnissen zufrieden sind, daß sie aber dem Kommando vom Leipziger Aerzteverband folgen müßten.

Tähne-Berlin vertritt eine Kasse, welche die freie Arztwahl eingeführt hat. Er wendet sich auch gegen die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl, die Möglichkeit derselben müsse von Fall zu Fall beurteilt werden. Nur mit sozialpolitisch verständigen Aerzten könne man einen Versuch wagen. Gegen die Bezahlung der Einzelleistungen spreche es sich auch entschieden aus.

Tischendörfer-Berlin: Es sei bis jetzt noch nicht untersucht worden, ob sämtliche Aerzte das Recht haben, zur Krankenkassenpraxis zugelassen zu werden. Er antwortete: Ja, auf Grund der Gewerbeordnung haben sie das Recht. (Großer Widerspruch.) Wenn den Metallarbeitern gesagt werde, daß sie in einem bestimmten Teil Deutschlands nicht arbeiten dürften, was würde da gesagt. (Großer Widerspruch und Gelächter.) Es sei ein heroischer Entschluß, wenn die Aerzte zu Gunsten ihrer Kollegen auf ein bestimmtes Einkommen verzichten. (Gelächter.) Die freie Arztwahl sei teuer, das schade aber auch nichts. (Protestrufe.) Die Aerzte bilden eine Gewerkschaft und stellen ihre Forderungen. Viele Arbeiter hätten sich in den Kassenvorständen Unternehmer-Gepflogenheiten angewöhnt. (Großer Widerspruch.) Schließlich lehnt Redner aber unter der Heiterkeit der Versammlung alle gegenwärtigen Forderungen der Aerzte ab und spricht sich mit geringer Einschränkung für die Resolution aus.

Ott-Köln: Bereits 4 Monate dauerte der Kampf in Köln, der von den Aerzten im geheimen organisiert gewesen sei, ehe die Krankenkassen Kenntnis davon erhielten. Redner schildert nun die einzelnen Phasen des Kampfes.

Scholem-Berlin (Arbeitgeber): Die Kasse, die er vertritt, hat früher freie Arztwahl gehabt, ist aber nach den schlechten Erfahrungen bald wieder zur beschränkten Arztwahl zurückgekehrt. Das ist die einzig mögliche Art. (Sehr richtig.) Von Tischendörfer sei man in Berlin ja schon merkwürdige Reden gewöhnt, die heutige aber sei unter aller Kritik. (Großer Beifall.)

Tischendörfer hat seine Anträge auf Streichung 3, 8 und 10 schriftlich eingebracht. Dieselben finden nicht die genügende Unterstützung.

Hierauf wird mit großer Mehrheit der Schluß der Diskussion angenommen.

Das Schlußwort hat **Kohn**: Der Kongreß habe eine Uebereinstimmung der Meinungen gezeigt, wie das bei dem starken Besuch kaum zu erwarten war. Die Abweichungen seien gering. Gegen den Antrag Braun wendet er sich, da es nicht Aufgabe des Kongresses sei, die Kassen auf ein bestimmtes System festzulegen. Von größter Bedeutung seien die Ausführungen von Gräf-Frankfurt a. M. Die Frankfurter Kasse sei die größte, die bisher Erfahrungen mit der freien Arztwahl gemacht habe, und die ermutige nicht zur Nachahmung. In schlagender Weise widerlegt der Referent unter Beifall des Kongresses die widerspruchsvollen Ausführungen Tischendörfers. Es lasse sich nicht leugnen, daß die Tendenz bestehe, die Aerztehonorare zu erhöhen. Tischendörfer gegenüber erörtert Redner nochmals, daß die Krankenkassen nicht kapitalistische Unternehmen, sondern Wohlfahrtseinrichtungen sind. Mit der Aufforderung, die Resolution möglichst einstimmig anzunehmen, schließt der Redner seine Ausführungen.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)